



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Der Geschäftsführer der Bayern Tourismus Marketing GmbH Dr. Martin Spantig und der Vorsitzende des Bayerischen Heilbäder-Verbandes Klaus Holetschek gemeinsam mit Wirtschaftsminister Martin Zeil und Ulrich N. Brandl, Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern (v. l.).

Jahrespressekonferenz Fremdenverkehr:

Absolutes Spitzenjahr für den Tourismus

Der Bayertourismus blickt mit dem Jahr 2012 auf das beste Ergebnis in seiner Geschichte zurück. Nach der Jahresbilanz 2012 verzeichnet der Fremdenverkehr im Freistaat in den vergangenen zwölf Monaten über 31,2 Mio. Gästeankünfte und damit ein Plus von 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr sowie 84,1 Mio. Gästeübernachtungen (plus 4,2 Prozent gegenüber 2011). „Mit diesem Ergebnis haben wir neue Bestmarken bei den Gästeankünften und Übernachtungen aufgestellt sowie die bisherigen Rekorde der Jahre 1991 und 1992 (82,1 und 81,5 Mio.) deutlich übertroffen“, berichtete Wirtschaftsminister Martin Zeil im Rahmen der Jahrespressekonferenz Tourismus in München, an der auch der Geschäftsführer der Bayern Tourismus Marketing GmbH Dr. Martin Spantig, der Vorsitzende des Bayerischen Heilbäder-Verbandes Klaus Holetschek und Ulrich N. Brandl, Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern e.V. teilnahmen.

Spitzenreiter bei den Wachstumsraten ist der Campingtourismus. Mit 1,4 Mio. Ankünften und 4,7 Mio. Übernachtungen konnten weit überdurchschnittliche Zuwachsraten von 9,1 Prozent bzw. 7,6 Prozent erzielt werden. Die weiß-blaue Hotellerie verzeichnet mit 25,7 Mio. Ankünften und 57,8 Mio. Übernachtungen deutliche Zuwächse von 4,7 Prozent bzw. 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Städtetourismus ist mit 3,8 Prozent mehr Ankünften und 5,2 Prozent mehr Übernachtungen gegenüber 2011 auch

für das vergangene Jahr wieder ein Aktivposten in der Tourismusbilanz.

Ein erfolgreiches Jahr weisen schließlich auch Bayerns Heilbäder und Kurorte vor: 4,9 Prozent mehr Gäste kamen in die Heilbäder und brachten einen Zuwachs von 1,8 Prozent gegenüber 2011. Maßgeblichen Anteil an diesem Rekordergebnis hat der Reisemonat Dezember, der gegenüber dem Vorjahresmonat noch einmal Zuwachsraten von 4,9 Prozent bei den Ankünften und 6,2 Prozent bei den Übernachtungen gebracht hat.

Basis des Erfolgs

Basis für den Erfolg des Bayertourismus ist nach wie vor das Reiseverhalten der Deutschen. Auf sie entfallen 76,6 Prozent der Ankünfte und 81,8 Prozent aller Übernachtungen. 3,6 Prozent mehr Ankünfte und 3,2 Prozent mehr Übernachtungen verzeichnet der Inlandtourismus gegenüber 2011. Doch auch ausländische Gäste finden noch mehr Gefallen an Bayern als Urlaubsdestination: Laut amtlicher Statistik ist ein Plus von 8,5 Prozent bei ausländischen Gästeankünften und ein Zuwachs von 8,7 Prozent bei den Übernachtungen ausländischer Gäste zu verzeichnen.

„Der Bayertourismus ist eine Boom-Branche und Leitökonomie im Freistaat. Dieses Rekordergebnis für 2012 ist das Resultat

eines anhaltend stabilen Wachstumstrends, der uns seit 2004 – mit einem leichten Einbruch in 2009 – stetig wachsende Ankunfts- und Übernachtungszahlen beschert hat. Besonders erfreulich dabei: das Wachstum wird getragen von allen Betriebsarten und Marktsegmenten und es kommt den Städten und dem ländlichen Raum gleichermaßen zugute. Am Tourismusprodukt Bayern stimmt alles: ein überzeugendes Angebot mit sehr gutem Preis-Leistungs-Verhältnis, hohe Qualität in der touristischen Leistung und große Professionalität bei unseren Destinationen und Betrieben sind der Garant dieses Erfolgs“, betonte Zeil.

Ein zielgruppenorientiertes, reichweitenstarkes und effizientes Marketing rücke das vielfältige Angebotsspektrum Bayerns (Fortsetzung auf Seite 4)

Deutscher Städte- und Gemeindebund:

Für praktikable Lösungen

Städte und Gemeinden beabsichtigen, wirksamer gegen ungenutzte und verwahrloste Immobilien vorzugehen. Das könnte ein Kompromissvorschlag ermöglichen, der im Zuge der Anhörung zur Novellierung des Baugesetzbuches im zuständigen Bundestagsausschuss erörtert wurde. Unisono fordern Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund eine praktikable Lösung, die auch durch diesen Kompromiss erreicht werden könnte.

Nach Auffassung der Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus (Deutscher Städtetag) sowie Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund) werden verwahrloste Gebäude, die leer stehen und nicht mehr saniert und gerettet werden können, zunehmend zu einem städtebaulichen Problem für ganze Stadtviertel. Nach dem nunmehr diskutierten Vorschlag sollen ähnlich wie in dem Gesetzentwurf des Bundesrates Eigentümer stärker mit in die Verantwortung genommen werden. Die diskutierte Lösung könne dabei helfen, Sanierungserfolge in Stadtvierteln zu sichern und negative Entwicklungen abzuwenden.

Kompromiss

Die Kompromisslösung sieht vor, dass der Eigentümer einer bis zum Zustand der Verwahrlosung vernachlässigten Immobilie, die nicht mehr sanierungsfähig ist und abgerissen werden muss, künftig teilweise die Abbruchkosten tragen muss – und zwar in Höhe der Wertsteigerung seines Grundstücks durch den Abbruch.

Die in Vorleistung getretene Stadt oder Gemeinde würde somit künftig einen Teil ihrer Auslagen zurück erhalten. Davon unberührt bleiben Vorschriften zum Erhalt und Schutz denkmalgeschützter Bausubstanz.

Positive Bewertung

Als positiv bewerteten die beiden Kommunalverbände u. a., dass eventuelle Kostenerstattungsansprüche der Städte und

Gemeinden als öffentliche Last auf dem Grundstück ruhen sollen und somit auch bei einer Weiterveräußerung des Grundstücks nicht untergehen.

Auch die familienpolitischen (Fortsetzung auf Seite 4)



Über den subtilen Hauch der Frivolität räsoniert die Vorzimmerperle. Roboterhafte „political correctness“ hält sie für übertrieben. Aber die Damen im Rathaus unterhalten eine Chauvi-Kasse, in die Maulhelden ihr Scherflein einlegen müssen, damit es geschlechterübergreifend an Weiberfastnacht auf den Kopf gehauen werden kann. S. 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Länderfinanzausgleich: Anstrengungen belohnen	2
LEP-Fortschreibung: Lohnender Einsatz der Kommunen	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Neuausrichtung für die Pflege?	3
GZ-Interview mit Augsburgs Wirtschaftsreferentin Eva Weber	3
Neue Mittel für Krippenausbau	3
CSU-Arbeitskreis Energiewende: Diskussion über Masterplan	4
GZ-Fachthemen:	
IT · Ausstattung für die Kommunalverwaltung	5-7
Abfall · Umwelt	8-9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Kommunalforum Alpenraum

Samstag, 16. März 2013, 9.00 bis 13.00 Uhr
Lindner-Technologiezentrum Kundl

- Ausbau des Breitband-Internets als Chance für die Gemeinden
- Zukunft ländliches Wegenetz
- Dörfliche Bausubstanz - Mehr Leben in den Zentren

Anmeldung unter: www.kommunalforum-alpenraum.eu



Werkstätten:Messe Nürnberg:

Wohlfühlmesse für die ganze Familie

Wichtige Impulse für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung wird auch heuer wieder die Werkstätten:Messe Nürnberg vom 14. bis 17. März 2013 geben. Für die Werkstätten ist sie einer der wichtigsten Termine überhaupt, bietet sie doch die Möglichkeit sich zu vernetzen, auszutauschen und neue Trends und Innovationen zu beraten.

18.500 Besucher im Vorjahr zeugen davon, dass es immer wieder aufs Neue gelingt, spannende Themen mit einer attraktiven Präsentation zu kombinieren. Frei nach dem Motto „Stillstand ist Rückschritt“ hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG:WfbM) gemeinsam mit ihrem Partner, der NürnbergMesse, auch für 2013 wieder zahlreiche attraktive Programmpunkte und Neuerungen einfallen lassen.

Wie BAG:WfbM-Vorsitzender Martin Berg erläutert, können Werkstoffachtleute voneinander lernen und miteinander diskutieren. So zum Beispiel im umfangreichen Fachvortragsprogramm. Besucher, die auf der Messe einkaufen wollen, können sich von den Produkten und Dienstleistungen der Werkstätten – vor allem aber von den Menschen, die sie herstellen und erbringen – begeistern lassen. Rund 250 Aussteller werden auf der Werkstätten:Messe Nürnberg erwartet.

Innovative Ansätze

Neu ist in diesem Jahr das Karriere:Forum, das junge Menschen, die sich für einen Beruf im Sozialbereich entscheiden wollen, über Werkstätten informiert. Werkstätten können hier für sich als Arbeitsplatz werben und junge Menschen für die Arbeit mit Menschen mit Behinderung begeistern. Gleichzeitig wird über neue und innovative Ansätze der Bildung und Qualifizierung für Menschen mit Behinderung informiert.

Nach dem Antrag des Freistaates Bayern auf ein Bundesleistungsgesetz und der Vorlage des Grundlagenpapiers der Bund-Länder-Arbeitsgruppe ist die Diskussion über die Zukunft der Eingliederungshilfe sehr rege. Auf der Werkstätten:Messe 2013 soll diese Diskussion weitergeführt werden. Deswegen wird im Rahmen einer „Sozialpolitischen Veranstaltung“ am 14. März die zukünftige Gestaltung der Teilhabe am Arbeitsleben diskutiert. Hochrangige Vertreter aus Politik, Verbänden und Werkstätten werden sich über die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe auf Grundlage der bisherigen Beschlüsse der Arbeits- und Sozialministerkonferenzen und der bisherigen Ergebnisse der

Arbeit der Bund-Länder-Gruppe austauschen.

Am 15. März findet im NCC West der UnternehmerTREFF statt. Auf Entscheider aus Unternehmen der Erwerbs- und Sozialwirtschaft wartet ein spannender Nachmittag in Form einer Vortragsreihe zum Thema Finanzierung mit den Schwerpunkten klassische Finanzierung und Förderprogramme.

Erstmals wurde im Rahmen der Werkstätten:Messe 2012 als Pilotprojekt die Erlebniswelt durchgeführt. Auf Anhieb konnten 15 Werkstätten gewonnen werden, die sich mit Ihren Leistungen für behinderte Menschen innerhalb der Kategorien Kunst & Design, Musik, Handwerk und darstellende Künste mit mehr als 20 Beiträgen an der Erlebniswelt beteiligten. Heuer findet die Erlebniswelt am 16. und 17. März statt.

Leicht überarbeitet wurde die Vergabe der „exzellente“-Preise. Künftig entscheidet eine Jury über die Preisvergabe in den Kategorien „Bildung“, „Kooperation“ und „Produkt“. In der Kategorie „exzellente:bildung“ werden innovative oder beispielhafte Entwicklungen in der beruflichen Qualifizierung und/oder der Weiterentwicklung der Persönlichkeit von Werkstattbeschäftigten prämiert. Der Bildungsbegriff beinhaltet dabei nicht nur die berufliche Bildung im Sinne von Ausbildung und Qualifizierung, sondern die Aufgaben der Werkstatt zur Bildung und Entwicklung der gesamten Persönlichkeit, wie sie in den gesetzlichen Grundlagen der Werkstatt festgelegt ist. Es können Angebote und Konzepte eingereicht werden, die den Bereich der beruflichen Bildung und Qualifizierung in allen Bereichen der Werkstatt, der Erwachsenenbildung, den Bereich der Kunst, Kreativität und Kultur oder den Bereich der Bewegung und des Sports betreffen.

Die Kategorie „exzellente:kooperation“ prämiert vorbildliche und innovative Kooperationen von Werkstätten mit externen Partnern. Die Kooperation muss sich nicht auf die Zusammenarbeit mit einem Partner der Erwerbswirtschaft beziehen. Es können sich auch Kooperationen mit einem Bildungsanbieter, mit einer oder mehrerer Werkstätten oder mit Vereinen, Verbänden

oder anderen Organisationen bewerben. Entscheidend ist, dass sich durch die Kooperation direkt oder indirekt die Teilhabe behinderter Menschen an der Gesellschaft verbessert.

In der Kategorie „exzellente:produkt“ werden innovative Eigenprodukte oder Dienstleistungen prämiert, die eine gute Vermarktungschance besitzen und die Auslastung der Werkstatt sowie das Image der Werkstattarbeit verbessern.

Hochwertige Arbeit

„Die Werkstätten:Messe ist inzwischen eine Wohlfühlmesse für die ganze Familie geworden“, betont der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly. Besonders beeindruckend sei auch die Präsentation von realen Arbeitsplätzen einer Werkstatt. In beinahe jedem Auto deutscher Fabrikation und fast allen industriell in Deutschland gefertigten Gütern stecke auch die Arbeitsleistung und das Know-how von Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten tätig sind. „Diese Messe trägt viel dazu bei, dass die hochwertige Arbeit von über 280.000 Menschen mit Behinderung auch außerhalb der Werkstätten wahrgenommen wird und damit die verdiente Wertschätzung findet.“

Menschen mit Behinderung noch besser in die Gesellschaft zu

LEP-Fortschreibung:

Lohnender Einsatz der Kommunen

Die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) erhöht weiterhin die Gemüter. Bei einem Treffen von Ministerpräsident Horst Seehofer, Wirtschaftsminister Martin Zeil, den Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid (CSU) und Thomas Hacker (FDP) sowie Vertretern der kommunalen Spitzenverbände in der Münchner Staatskanzlei blieben viele Fragen offen.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl plädierte für eine grundlegende Überarbeitung des Entwurfs und fand nach eigener Aussage in wichtigen Punkten Zustimmung beim Ministerpräsidenten. „Die kommunale Planungshoheit wird gestärkt. Die geplante Aussage, dass neue Siedlungsflächen nur in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten zulässig sind, wird überarbeitet, damit die Gemeinden und Städte im Rahmen einer verantwortlichen Entscheidung die richtigen Ausnahmen vom Anbindegebot selbst herausfinden“ betonte Brandl nach dem Gespräch.

Der Verbandschef wies zudem auf eine Zusage Seehofers hin, den demografischen Wandel als große Herausforderung der nächsten Jahre über eine Verlinkung mit der Zwischenbilanz zum „Aktionsplan demografischer Wandel“ der Bayerischen Staatsregierung in das Landesentwicklungsprogramm einzubeziehen. „Das ist sehr zu begrüßen. Die Entwicklung des Freistaats kann nicht isoliert von der demografischen Entwicklung in den verschiedenen Landesteilen betrachtet werden.“

Angesichts des bislang inakzeptablen Entwurfs des Landesentwicklungsprogramms und des massiven Protests der bayerischen Gemeinden und Städte gegen die Neufassung sieht der Gemeindetagspräsident Anzeichen für ein Umdenken in der Bayerischen Staatsregierung: „Wichtig ist, dass Bewegung in die festgefahrene Situation kommt. Die künftige Entwicklung des Freistaats ist zu wichtig, als dass man über die berechtigten Wünsche

integrieren sei eine langfristige, gesamtgesellschaftliche Aufgabe, so Maly. Unter dem Begriff der Inklusion habe die Vision einer ganzheitlichen Gesellschaft in den letzten Jahren neuen Schub bekommen. Auch die Stadt Nürnberg stelle sich dieser Verantwortung. So unterstütze der „Behinderterrat Nürnberg“ als Sachverständigenrat die Mitglieder des Stadtrates sowie die Stadtverwaltung in allen Fragen, die Menschen mit Behinderung betreffen, um Stück für Stück alle Hürden abzubauen, die heute noch bestehen.

Laut Richard Bartsch, Bezirksratspräsident von Mittelfranken, garantiert und finanziert der Bezirk Mittelfranken als überörtlicher Sozialhilfeträger Arbeitsplätze für rund 5.000 Menschen mit Behinderung und weitere rund 1.150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Region in den 34 anerkannten Werkstätten. Dafür werden im Jahr 2013 rund 75 Mio. Euro aufgebracht.

„Wir brauchen in unserem Land ein differenziertes Angebot von Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung. Bei all den Kooperationen darf aber nicht vergessen werden eine klare Zuständigkeits-Trennung bei den Finanzierungen vorzunehmen“, stellt Bartsch fest. Zwischen der Arbeitsverwaltung und den Sozialhilfeträgern dürfe es keine Verschiebung zu Ungunsten der Kommunalfinanzen geben. Der Bundesgesetzgeber sei weiterhin aufgefordert, über ein Bundesleistungsgesetz die Finanzierung dieser Maßnahmen gerechter zu verteilen. „Hier setzen wir auf die nächste Legislaturperiode und hoffen, dass dann in Berlin endlich auch entsprechende gesetzliche Vorgaben geschaffen werden.“ **DK**

Länderfinanzausgleich:

Anstrengungen belohnen

Bayern und Hessen beschließen Klage

Die Bayerische Staatsregierung und die Hessische Landesregierung haben beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die derzeitige Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs (LEA) einzureichen. Der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer und der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier erklärten: „Der Zeitpunkt für eine Klage ist nun gekommen. Auf dem Verhandlungsweg sind wir zu keiner Einigung gekommen. Im Gegenteil, von einigen Empfängerländern wurde jede Diskussion über die Forderungen der Zahlerländer abgelehnt. Die Klage ist ein Akt politischer Notwehr und ist jetzt folgerichtig.“

Ministerpräsident Seehofer sagte: „Der Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Form ist unsolidarisch, ungerecht und leistungsfeindlich. Er befindet sich in einer untragbaren Schieflage und kann nicht mehr funktionieren. Nur noch drei Zahlerländer müssen inzwischen 13 Nehmerländer unterstützen. Allein das Land Berlin erhielt im Jahr 2012 mit über 3,3 Milliarden Euro mehr als 40 Prozent des gesamten Ausgleichsvolumens. Und Hamburg, das Land mit der stärksten Steuerkraft, ist 2012 sogar zum Nehmerland geworden. Das zeigt, wie grotesk der Länderfinanzausgleich geworden ist. Der derzeitige Finanzausgleich bestraft gute Politik und belohnt politisches Nichtstun.“

Nach der vorläufigen Abrechnung des Bundesfinanzministeriums für 2012 entfielen auf Hessen und Bayern über 5,2 Milliarden Euro Zahlungspflichten (3,904 Milliarden Euro auf Bayern und 1,326 Milliarden Euro auf Hessen). „Der Wohlstand, den die Menschen in Hessen und

Bayern Tag für Tag erarbeiten, muss zuerst den Bürgerinnen und Bürgern unserer Länder zugutekommen und darf nicht an ihnen vorbeigehen“, erklärten Ministerpräsident Seehofer und Ministerpräsident Bouffier abschließend.

Hintergrund der Klage

Das Maßstäbengesetz sowie das Finanzausgleichsgesetz sollen aus folgenden Gründen als verfassungswidrig angegriffen werden:

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 11. November 1999 den Gesetzgeber verpflichtet, „das verfassungsrechtlich nur in unbestimmten Begriffen festgelegte Steuerverteilungs- und Ausgleichssystem entsprechend den vorgefundenen finanzwirtschaftlichen Verhältnissen und finanzwissenschaftlichen Erkenntnissen durch anwendbare, allgemeine, ihn selbst bindende Maßstäbe gesetzlich zu konkretisieren und zu ergänzen“. Diesem Auftrag genügt das im Anschluss an die Entscheidung ergangene Maßstäbengesetz nicht.

Dessen Maßstäbe für die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens, für den Finanzausgleich unter den Ländern und für die Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen sind defizitär. Der Gesetzgeber hat sich im Wesentlichen darauf beschränkt, Formulierungen des Bundesverfassungsgerichts zu wiederholen, anstatt eigene Maßstäbe zu bilden und zu begründen.

Art. 107 Abs. 2 GG fordert, dass „die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird.“ Die im Finanzausgleichsgesetz vorgesehene Einwohnergewichtung ist damit unvereinbar; denn einerseits werden die Einwohnerzahlen der dicht besiedelten Stadtstaaten um 35 Prozent, andererseits aber auch die Einwohnerzahlen der besonders dünn besiedelten Flächenländer rechnerisch erhöht. Dieses System ist unter systematischen Gesichtspunkten nicht rational. Zudem sind die damit verbundenen Ausgleichswirkungen - bezogen auf die unterstellten Mehrkosten bei den Stadtstaaten - zu hoch und damit unangemessen.

Die Finanzkraft der Gemeinden, die mit 64 Prozent in die Finanzkraft der Länder eingerechnet wird, ist zu hoch angesetzt. Die Belastungen des hessischen Landeshaushalts auf Grund der Anrechnung der kommunalen Finanzkraft sind beträchtlich. In 2012 waren von den Beiträgen der Länder Hessen und Bayern zum Länderfinanzausgleich in Höhe von 1,3 Milliarden Euro beziehungsweise 3,9 Milliarden Euro knapp 640 Millionen Euro (Hessen) beziehungsweise ca. 1,3 Milliarden Euro (Bayern) durch die Anrechnung der überproportionalen Finanzkraft der hessischen oder bayerischen Kommunen bedingt. Auch wegen der vom Bundesverfassungsgericht konstatierten „gestärkten finanzwirtschaftlichen Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Kommunen“ ist eine vollständige Refinanzierung der von den Kommunen verursachten Belastungen faktisch nicht möglich, so dass der Landeshaushalt unangemessen belastet wird.

Die Kritik des Bayerischen Städtetags an der letzten Änderung des Entwurfs werde von der Runde in der Staatskanzlei offenbar nicht nur nicht aufgenommen, sondern sogar konterkariert. Laut Maly ist unverständlich, dass Gemeindetag und Landkreistag die weitere Verschlechterung eines vorher von allen kommunalen Spitzenverbänden kritisierten Entwurfs jetzt als große Verbesserung und Erfolg feiern: „Selbst wenn man über das Anbindegebot unterschiedlicher Auffassung ist, bleibt doch festzuhalten: Die vielen anderen kritisierten Punkte (Fortsetzung auf Seite 4)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudi Eck
97437 Haßfurt
am 20.2.

Bürgermeister Josef Drexler
82288 Kottgeisering
am 22.2.

Landrat Dr. Günther Denzler
96052 Bamberg
am 26.2.

Bürgermeister
Michael Botzenhart
87781 Ungerhausen
am 28.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Schaar
95512 Neudrossenfeld
am 16.2.

Bürgermeister Michael Raith
82276 Adelsheim
am 18.2.

Bürgermeister Josef Jahner
83349 Palling
am 26.2.

Bürgermeister Ludwig Reger
92444 Rötz
am 28.2.

Bürgermeisterin Marlies Häfner
86748 Marktöffingen
am 28.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Steinhofner
94154 Neukirchen vorm Wald
am 26.2.

Bürgermeister
Konrad Schickaneder
84104 Rudelzhausen
am 28.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Loth
82362 Weilheim
am 22.2.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Wirtschaftsstandort Augsburg:

Auf Erfolgskurs

GZ-Interview mit Wirtschaftsreferentin Eva Weber

Seit gut eineinhalb Jahren ist die Augsburger Wirtschaftsreferentin und berufsmäßige Stadträtin Eva Weber im Amt. Am 1. Juli 2011 trat sie ihren Dienst an der Spitze des Wirtschaftsreferates an, das sie zuvor seit Mai 2010 bereits kommissarisch geleitet hatte. Über aktuelle Projekte, Herausforderungen und Ziele sprach die engagierte und motivierte Juristin mit der Bayerischen Gemeindezeitung.

GZ: Mit welchen Herausforderungen wurden Sie bei Ihrem Amtsantritt konfrontiert? Die Aufgaben waren ja doch erheblich.

Weber: Ich hatte einen relativ soften Einstieg, weil ich bereits während meiner Beamtentätigkeit als Juristin im Wirtschaftsreferat mit Themen wie klassische Wirtschaftsförderung oder auch Innenstadtbau zu tun hatte. Zum einen war ich für die rechtlichen Fragestellungen im Referat, zum anderen für die Vernetzung innerhalb der Stadtverwaltung und nach außen mit Kammer, Verbänden und Unternehmen zuständig. Insofern hat sich

nehmen, aber gerade auch mit Großforschungsinstituten und Fakultäten an neuen Produkten und Verfahrenstechnologien zu arbeiten. Spatenstich für das Technologiezentrum wird im Frühjahr/Sommer 2013 sein.

GZ: Wie ist die Nachfrage? Welche inhaltliche Richtung wird eingeschlagen?

Weber: Konkret geht es um das Thema Ressourceneffizienz. Das Haus wird mit Büroflächen, Laborflächen und Hallenflächen ausgestattet. In den nächsten Wochen werden wir mit den Mietverträgen beginnen. In den vergangenen eineinhalb bis zwei Jahren wurden sog. Letters of In-

der gesamten Kosten wird für das Thema Technik (z. B. Abluftanlagen, Kraninstallationen) verwendet. Das Technologiezentrum ist übrigens ein Haus von der Wirtschaft für die Wirtschaft. Der Carbon Composites e.V. (CCeV) mit Hauptsitz in Augsburg, ein Verbund von Unternehmen und Forschungseinrichtungen, der die gesamte Wertschöpfungskette der Hochleistungsfaserverbundwerkstoffe in Deutschland, Österreich und der Schweiz abdeckt, hat die Aufgabe übernommen, das Anforderungsprofil für das Technologiezentrum entsprechend zu formulieren. Wir als Stadtverwaltung benötigen hier professionelle Unterstützung.

GZ: Wie sieht ihre erste Bilanz nach eineinhalb Jahren Referententätigkeit aus?

Weber: Ich bin sehr zufrieden, meine Arbeit macht mir viel Spaß. Mein Team ist hervorragend, ich kann mich 1000-prozentig verlassen. Es ist ein kollegiales und oft auch freundschaftliches Miteinander. Grundsätzlich kann ein Referent immer nur so gut sein wie seine Mitarbeiter. Entsprechend liegt mir deren Weiterbildung sehr am Herzen.

GZ: Wie bewerten Sie die wirtschaftliche Potenz der Stadt Augsburg, die eine lange und reiche Wirtschaftsgeschichte aufweist? Wie gestalten sich die Zukunftsperspektiven?

Weber: Wenn man bedenkt, dass in den 1980er Jahren die Textilindustrie zusammenbrach, 30.000 Arbeitsplätze innerhalb weniger Jahre wegfielen und die Zukunft des Standorts Augsburg schlichtweg ungewiss war, sind wir mittlerweile auf einem zweifellos sehr guten Weg. In den vergangenen Jahren haben Stadt und Region Augsburg ihre Stärken definiert und sich auf vier Kompetenzfelder verständigt: Faserverbund, Mechatronik & Automation, IT und Umwelt. Diese Felder werden seit Jahren konsequent ausgebaut.

GZ: Wie gestaltet sich dies konkret?

Weber: Sei es, dass wir versuchen, große Forschungsinstitute nach Augsburg zu holen, was uns mit dem Fraunhofer-Institut und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt gelungen ist, sei es, dass Universität und Hochschule mit in diese Richtung gehen. So errichtet die Uni beispielsweise ein Gebäude für Material Resource Management und versucht entsprechend ihre Angebote für Studenten und Forschung auszubauen. Es ist sehr schön zu sehen, wie sich diese Puzzleteile in einer konkreten Vision zusammenfügen. Erhoffte Initiativen und Kräfte werden plötzlich freigesetzt.

GZ: Mit wem arbeiten sie in der Region, sprich in den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg, zusammen?

Weber: Mit den Wirtschaftsförderern bei den Landkreisen. Außerdem gehören Stadt Augsburg und die Landkreise der Region Augsburg Wirtschaft GmbH an. Diese Institution kümmert sich um das Thema Regionalmanagement. Wichtig ist, dass wir als Stadt Augsburg ohne das Umland relativ wenig bewerkstelligen können, da auch bei den Unternehmen eine doch starke wirtschaftliche Verflechtung ins Umland festzustellen ist. Da auch gemeinsame Interessen vorhanden sind, liegt es nahe, sich hier noch weitaus mehr miteinander zu verknüpfen. Ob regionale Wirtschaftsförderung, Messe oder Innovationspark: Dies sind Themen, die für die



Augsburgs Wirtschaftsreferentin Eva Weber (Mitte) zusammen mit den GZ-Vertreterinnen Constanze (l.) und Anne-Marie (r.) von Hassel.

mein Tagesablauf überhaupt nicht geändert.

GZ: Als Sie das Amt übernahmen, haben Sie eine Vielzahl an Umstrukturierungen vorgenommen. Wie kam es dazu?

Weber: Das Wirtschaftsreferat besteht aus drei Bereichen: Neben der Wirtschaftsförderung zählen auch das Liegenschaftsamt und das Zentrale Beteiligungsmanagement zu meinen Aufgabengebieten. 2008 traf mein Vorgänger die Entscheidung, kein Amt für Wirtschaftsförderung zu installieren, sondern die Mitarbeiter direkt im Wirtschaftsreferat zu platzieren. Diese waren in der Folge in fünf Teams eingeteilt, was bedeutete, dass ich mit fünf Teamleitern plus den Mitarbeitern des Zentralen Beteiligungsmanagements bzw. des Liegenschaftsamts regelmäßig Besprechungen durchzuführen hatte. Da sich allerdings sehr bald zeigte, dass diese Konstellation nicht mit meinem Terminkalender vereinbar ist, habe ich Bereiche zusammengefasst.

GZ: In dieser Zeit kam ja auch noch ihr Leuchtturmprojekt hinzu...

Weber: Sie sprechen vom Augsburg Innovationspark. Auch hier habe ich eine Stabsstelle mit fünf Mitarbeitern eingerichtet, die sich um dieses Projekt kümmern.

GZ: Was ist der Augsburg Innovationspark?

Weber: Es handelt sich hierbei um ein 70 Hektar großes Gebiet, auf dem in direkter Nachbarschaft zur Universität seit 2009 eines der wichtigsten Zukunftsprojekte der Stadt entsteht. Der Innovationspark ist eine Art „Wissenschaftsstadt“, die eine Mischung aus Forschung und Entwicklung, wissenschaftsnaher Dienstleistung und Produktion umfasst. Unternehmen haben die Möglichkeit, sich für einen gewissen Zeitraum einzumieten und mit anderen Unter-

tent (LOI) gesammelt, d. h. verbindliche Absichtserklärungen von Vertragspartnern, in denen bestätigt wird, dass sie in Verhandlungen über einen Vertragsabschluss stehen. Mittlerweile haben wir eine allein durch LOI hinterlegte Auslastung von bereits ca. 70 Prozent. Dies zeigt, dass das Bedürfnis der Region, neue Wege zu beschreiten, relativ hoch ist.

GZ: Gibt es konkrete Beispiele?

Weber: Viele Unternehmen versuchen am Standort Augsburg, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen zusammenzuführen. Ich denke hier an Premium AEROTECH, einen weltweit führenden Lieferanten ziviler und militärischer Flugzeugstrukturen, der gerade auf seinem Werksgelände ein eigenes Engineering Zentrum baut. Ziel ist es, Synergien zwischen Produktion und Forschung/Entwicklung herzustellen. Dies wird mit dem Technologiezentrum und dem Großforschungsinstitut entsprechend unterstützt.

GZ: Sind auch kleinere Firmen involviert?

Weber: Gerade auch für kleine mittelständische Unternehmen (KMU) soll es möglich sein, an Kooperationsprojekten teilzuhaben. Es ist wichtig, Infrastruktur für KMU bereitzustellen, weil sie sich teure Labors oder die Einrichtung einer zusätzlichen Dependence oft nicht leisten können. Die großen Unternehmen, die häufig als Katalysator oder Initiator gebraucht werden, können diese Aufgaben in der Regel selbst schultern.

GZ: Von welchen Größenordnungen sprechen wir hier?

Weber: Für den ersten Bauabschnitt des Technologiezentrums erhalten wir vom Freistaat Bayern eine Förderung von 10,5 Mio. Euro. Mit den Architekten wird momentan eine Feinjustierung vorgenommen. Wir befinden uns derzeit noch in den Fachplanungen. Fast ein Drittel

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Verheißungsvoll klingt der Name, aber was steckt hinter dem „Pfleger-Neuaustrichtungsgesetz“ (PNG), das 2012 verabschiedet wurde?

Zunächst bringt diese neue Regelung vor allem für den ambulanten Bereich mehr Individualität und neue Pflegeleistungen. Neben der besseren Versorgung für Menschen mit Demenz, stellt das Gesetz auch Angehörige von Pflegebedürftigen besser. Gezielt fördert das PNG Pflege-Wohngruppen und eröffnet mehr Selbstbestimmung. Nicht zuletzt führt das Gesetz die private Pflege-Zusatzversicherung mit staatlicher Förderung ein. Augenwischerei wäre es jedoch, diese



dig überprüft werden. Zusätzliche Belastungen im Sach- und Personalkostenbereich entstehen darüber hinaus durch die Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben. Ein jüngstes Beispiel ist der so genannte „Werdenfeller Weg“, der eine Fixierung von sich selbst gefährdenden Bewohnern bzw. Bettgitter fast vollständig verbietet. Die daraus resultierenden erheblichen personellen und finanziellen Belastungen werden jedoch weder in den Stellenschlüsseln für die Mitarbeiter noch in den Hei-

mentgelten entsprechend abgebildet.

Massive Personal- und Sachkostenerhöhungen im stationären Bereich stehen den seit 1996 unveränderten Leistungen aus der Pflegeversicherung, mit Ausnahme Pflegestufe 3: Erhöhung in 2012 um 40 monatlich, gegenüber. Dies führt zu drastisch steigenden Eigenanteilen der Pflegebedürftigen oder deren Angehörigen und zu stetig steigenden Ausgaben bei den Sozialhilfeträgern. Dies wiederum belastet über die Bezirks- und Kreisumlagen die Gemeindehaushalte. Der durch die Pflegepauschalen nicht abgedeckte Eigenanteil der Bewohner an den Heimkosten hat sich seit 1996 von rund 40 % auf rund 60 % erhöht; das zieht fast eine Verdoppelung von rund 900 auf annähernd 1.800 nach sich.

Neben der Lösung dieser finanziellen Aspekte muss ausreichend qualifiziertes Personal für die Altenpflege gewonnen werden. Die momentane Praxis, Schulgeld für Auszubildende, geringe Bezahlung und maximale Arbeitsbelastung, tragen nicht gerade dazu bei, Auszubildende und Mitarbeiter zu gewinnen. Unsere Gesellschaft muss sich den Herausforderungen des Alters und den damit verbundenen Kosten stellen, selbst wenn das heißt, den allgemeinen Beitragssatz zur Pflegeversicherung zu erhöhen.

Die kommenden Generationen werden uns nicht nur an unseren Erfindungen und Bauten messen, sondern auch daran, wie wir mit unseren Hilfebedürftigen umgegangen sind.

Ihr Stefan Rößle

Neuaustrichtung für die Pflege?

Zusatzversicherung als ein „Netz mit doppeltem Boden“ für das Pflegefallrisiko zu verkaufen. Um in den Genuss dieser Zusatzversicherung zu kommen, gilt es nämlich, sich zunächst eine gewisse Summe anzusparen, und das muss man sich erst einmal leisten können.

Die Problemstellungen der stationären Einrichtungen, die vor allem durch die demographische Entwicklung leiden, werden damit jedoch nicht gelöst. Ganz klar geht nämlich der Trend dahin, dass man erst dann ins Heim geht, wenn zu Hause die Betreuung überhaupt nicht mehr gewährleistet werden kann. So steigen nicht nur das „Eintrittsalter“ ins Seniorenheim, sondern auch die Pflegebedürftigkeit der Bewohner und der Betreuungsbedarf. Demgegenüber wird es aber immer schwieriger qualifiziertes Pflegepersonal zu gewinnen. Gleichzeitig werden die Seniorenheime mit einer Flut von Regelungen in Bezug auf Qualität, Hygiene, Sicherheit und Dokumentation überschwemmt, die dann von verschiedenen Kontrollorganen stän-

Region und nicht nur für die Stadt bedeutsam sind. Auch wenn die Stadt oft Initiator oder Treiber für Projekte ist – die Landkreise sind und bleiben wichtige Partner.

GZ: Welche Rolle spielt das Thema Energiezukunft in Augsburg und der Region?

Weber: Für die Stadt Augsburg sind naturgemäß die Stadtwerke der erste Ansprechpartner. Im vergangenen Jahr haben wir begonnen, am Hochablass ein Wasserkraftwerk zu bauen. Darüber hinaus wurde entschieden, mehr in die Windkraft zu investieren. Die Stadtwerke haben sich bewusst entschlossen, die erwirtschafteten Gelder wieder zu investieren und zwar gerade in das Thema erneuerbare Energien.

GZ: Ein Thema, mit dem Sie sich intensiv beschäftigen, ist die Neugestaltung der Augsburger Innenstadt. Welche Schwerpunkte werden hier gesetzt?

Weber: Der Umbau des Königsplatzes ist einer von vielen Bausteinen im Einzelhandelskonzept, die die Stadt Stück für Stück umsetzt. Weil hier komplett in die Verkehrsströme der Stadt eingegriffen wird, ist das Ganze wie eine Operation am offenen Herzen. Hinzu kommt der 2012 in Teilen fertig gestellte Umbau der Fußgängerzone. Insgesamt ist dies eine logistische Meisterleistung der Kollegen aus der Bauverwaltung.

GZ: Wie ist die Akzeptanz in der Bevölkerung?

Weber: Sehr hilfreich ist unsere überaus stringente Kommunikationskampagne unter dem Titel „Projekt Augsburg City“. Hier werden die Bürger, Händler, Anwohner und sonstige Betroffene mittels Flyern, Radiospots, Fernsehsendungen, Internetauftritten, Facebookchannel etc. auf dem Laufenden gehalten. Unter www.projekt-augsburg-city.de werden Visualisierungen angewandt. Das kommt bei den

Leuten unheimlich gut an. Sie fühlen sich mitgenommen und umfassend informiert. Für die Händler war es wichtig zu kommunizieren, dass die Parkhäuser bzw. die Innenstadt erreichbar sind. Rechtzeitig vor dem Weihnachtsgeschäft sind die Baustellen aus der Innenstadt verschwunden.

GZ: Kommunikation lautet also das Zauberwort?

Weber: In der Tat. Erklärt man dem Bürger den Grund für ein Vorhaben oder eine Maßnahme, so ist das für ihn auch in Ordnung. Tatsache ist, dass in Augsburg eine wirkliche Aufbruchstimmung herrscht. Daran sieht man, dass unsere Arbeit sich auch lohnt. Letztlich haben wir doch immer den Menschen im Blick – egal ob es sich um einen Innenstadtbau, die Ansiedlung neuer Unternehmen oder den Bau eines Innovationsparks handelt.

GZ: Eine letzte Frage: Wie ist es um die Zusammenarbeit mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken bestellt? Können die Banken der Kommunalpolitik noch besondere Hilfestellungen geben?

Weber: Klarerweise hat die Stadtparkasse eine enge Beziehung zur Stadt. Aufgrund des öffentlichen Auftrags unterstützt sie das Vereinsleben oder sonstige Aktivitäten sehr stark über Sponsoring, Spenden usw. Kontakte zu anderen Banken sind natürlich auch vorhanden. Gemeinsam mit den Landkreisen werden wir heuer eine Art Bankentreffen veranstalten. Dort wollen wir gemeinsam die Chancen für die Region darstellen. Banken sind in vielerlei Hinsicht wichtige Partner – vor allem auch Partner für unsere Unternehmen, wenn es um Finanzierungsunterstützungen und Ähnliches geht. DK

Neue Mittel für den Krippenausbau in Bayern

„Es freut mich, dass der Bundesrat grünes Licht für weitere 90 Millionen Euro für den Krippenausbau in Bayern gegeben hat. Denn die bislang zur Verfügung gestellten Bundesmittel in Höhe von 340 Millionen haben unsere Kommunen schon längst verbaut. Unabhängig davon stammt der Löwenanteil der Hilfen für die Kommunen, nämlich bislang 680 Millionen Euro aus Landesmitteln. Kein anderes Bundesland investiert auch nur annähernd so viel in den Krippenausbau“, so Familienministerin Christine Haderthauer mit Blick auf die abschließende Behandlung des „KizuföG“ im Bundesrat.

Haderthauer ergänzte: „Seit 2008 unterstützen wir die bayerischen Kommunen beim Ausbau U3 mit bis zu 80 Prozent der Investitionskosten, rund 60.000 neue Plätze haben wir bis heute bewilligt. Dank dieser einzigartigen Förderung sind die bayerischen Kommunen deutscher Meister, was die Dynamik beim Krippenausbau angeht: Während unsere Kommunen 2006 noch für zehn Prozent der Ein- und Zweijährigen Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt haben, sind es heute

bereits 43 Prozent. Zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz werden es über 50 Prozent sein.“

„Weil der Krippenausbau in Bayern so dynamisch vorangeht und auch die neuen 90 Millionen schnell verbraucht sein werden, verlängern wir unser Sonderinvestitionsprogramm um ein weiteres Jahr bis Ende 2014. Mir war wichtig, dass die Bürgermeister ihr Tempo jetzt nicht drosseln müssen“, so die Ministerin abschließend. □

Masterplan für die Energiewende

AKE-Landesversammlung in Ingolstadt verabschiedet Leitantrag

Seit Beginn der Energiewende gibt es bayernweit große Erfolge beim Ausbau der regenerativen Energien. Dieser zügige Ausbau stellt das Land aber auch insbesondere in den Bereichen Netzausbau, Speicherkapazitäten, Versorgungssicherheit und Stromkostenentwicklung vor große Herausforderungen, die systematisch gelöst werden müssen und ein planvolles Vorgehen erfordern. Wie ein derartiger Masterplan für Bayern aussehen kann, darüber diskutierte in Ingolstadt der CSU-Arbeitskreis Energiewende bei seiner ersten Landesversammlung.

Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden des AK Energiewende Dr. Siegfried Balleis und einem Grußwort des Präsidenten der Hochschule für angewandte Wissenschaften Prof. Dr. Walter Schöber stellte der wissenschaftliche Leiter des Kompetenzfelds Erneuerbare Energien, Prof. Dr.-Ing. Wilfried Zörner aktuelle Forschungsprojekte im Bereich erneuerbare Energien vor – unter anderem ein Projekt in Egling a. d. Paar, bei dem Biogas und Photovoltaikanlage kombiniert werden, um überschüssigen Strom speichern zu können. Nach den Worten von Landesvorsitzendem Balleis sind diese Art von Projekten der richtige Weg und müssen besonders unterstützt werden, leisteten sie doch einen entscheidenden Beitrag zur Kernfrage, wie regenerative Energie endlich regelbar gemacht werden kann.

Konkrete Maßnahmen

Umweltminister Dr. Marcel Huber spannte seinerseits den Bogen von den Herausforderungen des Klimawandels bis hin zu konkreten Maßnahmen der Energiewende. Er verwies auf die wachsenden Schäden der Versicherer durch Klimakatastrophen und formulierte die Forderung, dass zur Reduzierung dieser Schäden Investitionen in die Energiewende zwingend notwendig seien. Huber sieht Deutschland in der Pflicht, den Weg der Energiewende als Vorreiter zu beschreiten und die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen. Die Wegweiser seien bereits gesteckt, doch fehle leider noch ein klarer Plan, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Benötigt werde eine ordnende Hand, damit die Herausforderungen im Bereich Netzausbau, Speichertechnologien, Kapazitätsmarkt und Versorgungssicherheit zügig gelöst werden können.

Eine der wichtigsten Forderungen in dem anschließend verabschiedeten Leitantrag „Ein Masterplan für die Energiewende in Bayern“ bestand darin, dass regenerative Energien in Zukunft unterschiedlich hoch vergütet werden sollen. Grundlastfähige regenerative Energien beispielsweise aus Wasserkraft oder Biogas sollen demnach höher vergütet werden als volatile Energien aus Windkraft oder Photovoltaik. Kein Verständnis bestand für die Tatsache, dass Offshore-Windenergie höher vergütet wird als Onshore-Windenergie, wie sie beispielsweise in Bayern erzeugt werden kann. Hinzu kommt, dass für den Transport des Stroms von Norden in den Süden enorme Investitionen in Übertragungsnetze erforderlich sind.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Maßnahmen zur Stromspeicherung gefordert. Beim Aufbau von Speichern sei in den nächsten Jahren auf einen Mix zu achten, der schnelle Abrufbarkeit, geringe Selbstentladung, vernünftige Kosten und die Speicherfähigkeit über längere Zeiträume gleichermaßen berücksichtigt. „Dabei werden sowohl der weitere Ausbau von Pumpspeicherkraftwerken als auch die Realisierung von chemi-

schen Speichern eine große Rolle spielen“, heißt es in dem Leitantrag. Darüber hinaus müssten Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Energiespeicher intensiviert und eine Anschubfinanzierung insbesondere für dezentrale Speichertechnologien umgesetzt werden.

Bauherr bzw. Investor neuer Pumpspeicherkraftwerke könnte nach Auffassung des AKE das „neue Bayernwerk“ gemeinsam mit den kommunalen Stadtwerken sein. Durch diese Geschäftsstruktur von Freistaat und Kommunen ließe sich eine stärkere Risikostreuung realisieren und eine leichtere Umsetzung auf staatlicher wie kommunaler Ebene erreichen. Wegen der extrem hohen Kosten von Pumpspeicherkraftwerken sollten jedoch vordringlich Speicheralternativen erforscht und umgesetzt werden.

„Fakt ist, dass wir schon heute wegen fehlender Übertragungsnetze nicht den gesamten Windenergiestrom verwenden können, diesen aber vergüten müssen. Unter diesen Voraussetzungen ist es auf jeden Fall sinnvoller, überflüssigen Strom in Hybridkraftwerken zu nutzen, um elektrolytisch Wasserstoff zu gewinnen“, heißt es weiter. In Übereinstimmung mit geltenden Normen könnten bis zu 5 Prozent des so gewonnenen Wasserstoffs in das Gasnetz eingespeist werden. Technisch wäre sogar eine Einspeisung von 10 Prozent Wasserstoff denkbar. Durch eine anschließende Methanisierung könnte dieses so gewonnene „Windgas“ auch ohne Mengenbeschränkung in das vorhandene Gasnetz eingespeist werden.

Höhere Energiedichte in Gas

Der Vorteil von Gas liege darin, dass durch die höhere Energiedichte eine größere Energiemenge in den Gasleitungen übertragen werden kann als in elektrischen Leitungen. Die benötigten Gasnetze seien größtenteils vorhanden und erforderten wesentlich weniger Investitionen als der Neubau von elektrischen Leitungen. Hinzu komme, dass deutschlandweit in den Gasleitungen und Gasspeichern bei maximalem Füllstand 200 TWh chemische Energie gespeichert werden können. Dies entspreche dem Stromverbrauch Deutschlands von zwei bis drei Monaten. Nachteilig sei sicher, dass bei der Verstromung des Gases erhebliche Effizienzverluste entstehen. „Deshalb muss die Power-to-Gas-Technologie weiterentwickelt werden.“

Lohnender..

(Fortsetzung von Seite 2)

Für das LEP-Entwurfs bleiben unverändert kritikwürdig. Nun von Erfolgen und Verbesserungen zu sprechen, verkennt die Notwendigkeit eines wirkungsvollen Landesentwicklungsprogramms für eine weitere positive Entwicklung Bayerns und insbesondere des ländlichen Raums mit starken zentralen Orten. Landesentwicklung kann nur miteinander gehen, aber nicht, wenn ein künstlicher Gegensatz von Stadt und Land

Dies wiederum erfordere eine Intensivierung der Forschung sowie die Errichtung weiterer Pilotanlagen. Darüber hinaus müsse die Nutzung von Biomasse optimiert werden. Biomasse sei schon heute speicherbar, dezentral und vielseitig nutzbar und damit nicht nur in der Lage fossile Energieträger teilweise zu ersetzen, sondern auch einen Beitrag zum Ausgleich der schwankenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu leisten. Deshalb müsse Biogas künftig noch effizienter eingesetzt und vermehrt in das Gasnetz eingespeist werden. Das gemeinsame Aufarbeiten und Einspeisen aus mehreren Anlagen gelte es dabei zu fördern.

Energieneutrale Siedlungen

„Insbesondere beim Wohnungsbau muss es Ziel sein, energieneutrale Siedlungen zu realisieren. Dabei wird die regenerativ erzeugte Energie in den Wohnhäusern nicht in das Netz eingespeist, sondern in Bleiakkus, Lithiumionen- oder anderen Batterietypen zwischengespeichert und bedarfsgerecht abgerufen. Nach derzeitigem Stand der Technik ist ein Tagesspeicher für einen privaten Haushalt mit ca. 10 kWh Energieinhalt realisierbar, aber mit einem hohen Bedarf an Batterien verbunden. Um eine Speicherung über längere Zeiträume zu ermöglichen, müssen die vorhandenen Technologien für Kleinspeicher weiterentwickelt werden“, so der Leitantrag. Neben leistungsfähigeren Batterien liege eine mögliche Lösung in der katalytischen Bindung von Wasserstoff, der elektrolytisch durch überschüssigen Strom hergestellt wird. Bei starker Stromnachfrage könnte dann das „energiehandelnde Haus“ diesen katalytisch gebundenen Wasserstoff wieder von der Trägersubstanz isolieren und z. B. über eine Brennstoffzelle zurück in Strom verwandeln.

Da es Zeiträume mit großer Stromnachfrage, aber geringer Erzeugung von regenerativem Strom gibt, benötigt man nach Auffassung des AKE für diese Fälle Reservekraftwerke, die in kürzester Zeit hoch- bzw. heruntergefahren werden können. Dafür eignen sich besonders Pumpspeicher- und Gasturbinenkraftwerke. „Doch diese Kraftwerke, die potentiell über 8.000 Stunden im Jahr laufen könnten, rechnen sich nicht mehr, wenn nur 1.000 bis 2.000 Betriebsstunden pro Jahr erforderlich sind. Will man also Versorgungssicherheit gewährleisten, muss die Kapazitätsbereitstellung durch Kraftwerke finanziell geregelt werden. Der Aufbau eines derartigen Kapazitätsmarktes würde allerdings zu weiteren Kostenbelastungen führen.“

Denkbar sei auch, dem jüngsten Vorschlag der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu folgen, der die Erzeugung von volatilem erneuerbarem Strom an die Bereitstellung von Ersatzkapazitäten knüpft. Dies könne beispielsweise durch handelbare Zertifikate erreicht werden, über die wiederum hochmoderne Gaskraftwerke finanziert oder Biogasproduzenten zu flexiblerer, ausgleichender Einspeisung motiviert werden. **DK**

beschworen wird. Für die Landesentwicklung sind die zentralen Orte essentiell.“

Maly zufolge ist das Landesentwicklungsprogramm zu wichtig, als es einfach schnell durchzuwickeln. Bayern sei es wert, dass sich alle Betroffenen über die Weiterentwicklung des Landes Gedanken machen und Handlungsstrategien entwickeln, die den Herausforderungen von Energiewende und demografischer Entwicklung gerecht werden. **DK**

Absolutes Spitzenjahr ...

(Fortsetzung von Seite 1)

bei den Gästen ins rechte Licht, so der Minister. „Unsere Landesmarketingorganisation, die Bayern Tourismus Marketing GmbH, hat mit ihrer neuen Winterkampagne ‚Bayern. Mein WinterLichtBlick‘ neue Impulse gesetzt und eine hohe Resonanz bei unseren Destinationen und Unternehmen wie auch bei unseren Gästen erzielt.“

Der Geschäftsführer der Bayern Tourismus Marketing GmbH Dr. Martin Spantig präsentierte eine attraktive Auswahl an Veranstaltungen im Sommer 2013. „Ob Kulturveranstaltungen, Historienspektakel oder Wanderevents – die Vielzahl und die Einzigartigkeit der Traditionsveranstaltungen machen das ganz besondere bayerische Lebensgefühl in den Sommermonaten aus“, erklärte Spantig.

Neben einem ganzjährigen Bayreuther Festprogramm zu Ehren Richard Wagners, der heuer 200. Geburtstag feiert, steht die niederbayerische Bezirkshauptstadt Landshut vom 28. Juni bis 21. Juli im Zeichen der 40. Aufführung der „Landshuter Hochzeit 1475“. Weit über 2.500 Mitwirkende lassen bei einem der größten historischen Spiele Europas in originalgetreuen Kostümen eine innen- wie außenpolitisch wichtige Hochzeit des späten Mittelalters wieder aufleben.

24 Stunden wandern

Gleich zwei Wandergroßveranstaltungen finden laut Spantig 2013 im Allgäu statt. Vom 22. auf den 23. Juni geht in Füssen im Allgäu das Wanderkultevent „24 Stunden von Bayern“ über die Bühne. Bereits zum fünften Mal wird rund um die Uhr gewandert. Neben der traumhaften Natur wird es auch rund um die Stadt Füssen wieder zahlreiche Erlebnisstationen zu entdecken geben. „Wandern hoch drei“ ist wiederum das Motto des Deutschen Wandertages, der vom 26. Juni bis zum 1. Juli in Oberstdorf, in Bad Hindelang, den Hörnerdörfern sowie in der Region Alpesee-Grünten stattfindet. Orte und Veranstalter werden rund 140 geführte Wanderungen in allen Höhenstufen anbieten.

Nur alle zwei Jahre wird in Neuburg an der Donau das Rad der Zeit zurückgedreht. Dann erwacht ein zwei Wochenendes – dieses Jahr vom 28. bis 30. Juni und vom 5. bis 7. Juli – die einstige Fürstenterritorien der alten Residenzstadt zu neuem Leben: Die Bürger der Stadt legen steile Renaissance-Kostüme an und tauchen ein in die sprühende Lebenslust der Zeit, als Pfalzgraf Ottheinrich (1502-1559) in seinem Schloss an der Donau legendäre Feste feierte. Die historische Altstadt bietet die stielche Kulisse für das bunte Treiben beim historischen Jahrmarkt, den Reiterspielen und Turnieren, den höfischen Konzerten und Tanzspektakeln.

„Bayern ist das Gesundheitsland Nummer 1“, stellte der Vorsitzende des Bayerischen Heilbäder-Verbandes Klaus Holetschek fest. „Mehr als jede vierte Übernachtung in Bayern findet in Heilbädern oder Kurorten statt. Wir sind auf einem guten Weg, müssen uns aber weiter anstrengen.“ Der Verband steht für 100.000 Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum, generiert eine Wertschöpfung von rund 3,7 Milliarden Euro und sorgt für einen Steuerrückfluss von 400 Millionen Euro aus Mehrwert- und Einkommenssteuer. Trotz der positiven Bilanz für 2012 stehen die bayerischen Heilbäder und Kurorte vor großen Herausforderungen.

Holetschek hob die große Bedeutung der Gesundheitswirtschaft hervor. Mit rund 800.000 Beschäftigten in Bayern erzielt diese Branche einen Jahresumsatz von über 40 Milliarden Euro im Jahr. „Deshalb heißt das Gebot:

investieren und weiter entwickeln!“ Viele Heilbäder und Kurorte wollen in den nächsten Jahren investieren, so etwa Bad Aibling (Neubau eines Moorbadhauses), Füssen (Neuer Bewegungsparcours), Bad Grönenbach (Sanierung der Kneippanlagen) oder Bad Kohlgrub (Umbau der Wandelhalle).

Ein gutes Förderinstrument ist dabei die Staatliche Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE). Doch ist sie Holetschek zufolge in Gefahr. Grund dafür sei ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle. Nach diesem Urteil ist die staatliche Förderung beim Ausbau der Flughafen-Infrastruktur eine Beihilfe, weil es einen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Nutzung gibt. Die Förderung unterliegt damit der EU-beihilfenrechtlichen Kontrolle. „Das könnte heißen: eine staatliche Förderung beim Bau von Thermen oder Trinkhallen, die später wirtschaftlich genutzt werden, ist nicht mehr möglich“, so Holetschek. „Das müssen wir genau prüfen lassen.“

Insgesamt fordert der Bayerische Heilbäder-Verband, dass die staatliche Förderung komplett überdacht und eventuell auf neue Beine gestellt wird. „Viele Regelungen sind zu kompliziert, Privatvermieter in den Heilbädern und Kurorten werden gar nicht erfasst, hier brauchen wir neue Fördermöglichkeiten.“ Holetschek regte an, die besonderen Leistungen von Heilbädern, Kurorten oder anderen touristischen Orten bei den Schlüsselzuweisungen besser zu berücksichtigen. „Eines steht fest: mit dem Thema EU und Beihilfe müssen wir uns auseinandersetzen. Und wir müssen dafür sorgen, dass Bayern ein Gesundheitsstandort mit den Schwerpunkten der Kompetenz im Ländlichen Raum bleibt.“

Zu den branchenpolitischen Themen, die das vergangene Tourismusjahr kennzeichneten und

auch 2013 aktuell sind, zählt Ulrich N. Brandl, Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern e.V. die Internetveröffentlichung von Verstößen unter Bezug auf das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch. Dies sei ein „Hygiene-Barometer durch die Hintertür“, machte Brandl deutlich. Die Einhaltung der gesetzlichen Regelungen im Bereich der Lebensmittelhygiene sei Grundvoraussetzung für die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit und damit des Verbraucherschutzes. Hierzu bekenne sich der DEHOGA Bayern. Jeder Betrieb, der sich nicht an die gesetzlichen Hygienevorschriften hält, schade der gesamten Branche.

Notwendige Instrumente

Der DEHOGA Bayern sei jedoch der Auffassung, dass das geltende Recht den Überwachungsbehörden die notwendigen Instrumente bietet, um auf Hygieneverstöße im Bereich des Lebensmittelrechts in einzelfallgerechter und angemessener Form zu reagieren – von der Möglichkeit effektiver persönlicher Sanktionen durch Geldbußen oder Strafen bis hin zu einer Betriebsschließung.

Nicht andauernd in Frage gestellt werden dürfte die zum 1. Januar 2010 erfolgte Umsatzsteuer-senkung, fuhr Brandl fort. Die Hoteliers erwarteten Verlässlichkeit der Politik. Investitionen setzen Planungssicherheit voraus, die es herzustellen gilt. Solange auf europäischer Ebene die Wettbewerbsverzerrung nicht beseitigt werde, sei die reduzierte Umsatzsteuer beizubehalten.

Als „Etappensieg“ bezeichnete der Präsident schließlich das Aussetzen der Gebührenreform, „denn die Vorgehensweise und die Forderungen der GEMA haben einmal mehr deutlich gemacht, dass dringender gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht“. Der DEHOGA Bayern fordere daher entsprechende Klarstellungen im Urheberrechts- bzw. im Urheberrechtswahrmessungsgesetz. **DK**

Für praktikable...

(Fortsetzung von Seite 1)

Leistungen in Deutschland stehen laut DStGB auf dem Prüfstand. Derzeit gibt Deutschland für 152 familienpolitische Leistungen jährlich 123 Milliarden Euro aus. „Dieser Leistungskatalog muss dringend durchforstet, entbürokratisiert und zielgenau auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden. Das bestätigt auch jüngste Meldungen über ein Gutachten zu dem Leistungskatalog für Familien, wonach die gewünschten Ziele oftmals nicht erreicht werden“, betont Hauptgeschäftsführer Landsberg.

Große Reformbaustelle

Pro Jahr werde in Deutschland mit rund 30 Milliarden Euro eines der höchsten Kindergelder in Europa gezahlt und trotzdem werde jedes Mal im Herbst festgestellt, dass die Kinderarmut gestiegen ist, so Landsberg. Hunderte von Familienkassen seien damit beschäftigt, diese Mittel auszusuchen. „Wir fordern eine unabhängige Sachverständigenkommission, die diese große Reformbaustelle bearbeitet. Dabei sollte der Grundsatz gelten, dass Investitionen in familiengerechte Ausstattungen (flächendeckende Ganztagschulen, ausreichende Kita-Plätze, zusätzliche Bildungspakete für alle Kinder aus Elternhäusern mit niedrigen Einkommen) Vorrang haben sollten vor immer höheren Transferleistungen, die offenbar die Ziele nicht richtig erreichen. Die Modelle aus skandinavischen Ländern könnten dabei durchaus Vorbildcharakter haben.“

Auch die Frage, ob das Ehegattensplitting nicht wenigstens teilweise durch ein Familiensplitting

zu Gunsten von Familien mit Kindern umgestaltet werden soll, muss dabei nach Ansicht des DStGB geprüft werden. Gleichzeitig bestünde die Chance, das gesamte System zu entbürokratisieren und auf wenige überschaubare Leistungen zu konzentrieren.

Politische Lösungen

Für den richtigen Ansatz hält der Deutsche Städte- und Gemeindebund dagegen die nunmehr geltende geräteunabhängige Beitragsbemessung für Rundfunk- und Fernsehgebühren. Um eine überproportionale Belastung der Städte- und Gemeinden zu vermeiden, müsse hier nachgebessert und eine praktikable Lösung für alle Städte und Gemeinden gefunden werden. Je dezentraler und bürgernäher eine Stadtverwaltung organisiert ist, desto drastischer sei der Kostenanstieg beim neuen Beitrag. Statt eines Boykotts seien politische Lösungen erforderlich.

So ist laut DStGB eine pauschalierte Beitragsbemessung und damit auch eine Verwaltungsvereinfachung denkbar. Bereits im Verfahren haben die kommunalen Spitzenverbände kritisch angemerkt, dass die Neuregelung im Einzelfall zu Mehrkosten führen könne. Das konkrete Ausmaß und der hohe Beratungs- und Organisationsbedarf für die Umstellung werde nun mit Kostensteigerungen, teilweise um das Zehn- bis Dreizehnfache, deutlich. Dies widerspreche dem ursprünglichen Ziel der Reform mit dem verbindlichen Bekenntnis zur Aufkommensneutralität für Privathaushalte, Unternehmen und für die öffentliche Hand. **DK**

CeBIT 2013 in Hannover:

Bund und Länder zeigen Bürgernähe

Wenige Wochen vor Beginn der CeBIT 2013, die vom 5. bis 9. März in Hannover stattfindet, rechnet die Deutsche Messe mit einem positiven Verlauf der Veranstaltung, starken Beteiligten und einem herausragenden Programm. „Wir erwarten eine spannende CeBIT 2013, die ihre Position als weltweit führendes Hightech-Event weiter ausbauen wird“, erklärt Frank Pörschmann, CeBIT-Vorstand der Deutschen Messe AG. „Wir setzen stärker denn je auf interaktive Formate und investieren gezielt in die Qualität der Veranstaltung.“

Die CeBIT versteht sich als Dienstleister für die Anbieter digitaler Lösungen und deren Anwender. Ihr Kernauftrag ist es, die verschiedenen Marktteilnehmer bei der Bewältigung ihrer globalen Herausforderungen gezielt und bestmöglich zu unterstützen. Dazu zählen das branchenübergreifende Vermitteln von Know-how sowie das Gewinnen von Talenten und Innovationen.

Das Themenspektrum der CeBIT greift die aktuellen Megatrends der Branche auf. Das komplette Spektrum der öffentlichen Verwaltung präsentiert der Public Sector Parc. Führungskräfte, Einkaufsentscheider, Fachanwender und interessierte Bürgerinnen und Bürger erhalten hier umfassende Informationen über neueste digitale High-Tech-Lösungen, die die Modernisierung der Verwaltung auf allen Ebenen begleiten und optimieren – von der EU über Bund und Länder bis zu den Kommunen.

„Government for you“

Nach einem erfolgreichen Auftakt zur CeBIT 2012 geht der Sonderbereich „Government for you“ in die zweite Runde und baut seine Präsenz im Public Sector Parc heuer weiter aus. Sieben Bundesländer und das Bundesinnenministerium (BMI) präsentieren in Halle 7 ihre neuesten eGovernment-Projekte und Initiativen des IT-Planungsrates. Bürokratieabbau, Dienstleistungsorientierung sowie das Konzept der vernetzten Verwaltung stehen dort im Mittelpunkt. Gezeigt werden praxisnahe Beispiele für einfachere, nutzerfreundlichere und effizientere elektronische Verwaltungsdienste.

Erstmals ist Bayern neben Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen und Niedersachsen als Aussteller bei „Government for you“ vertreten. Den Mittelpunkt des Sonderbereiches bildet der Stand der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik (BfIT). „Die wachsende Länderbeteiligung macht deutlich, dass sich der Public Sector Parc zu einer wichtigen Informations- und Networking-Plattform für Entscheidungsträger aus Bund, Land und Kommune entwickelt hat“, betont Pörschmann.

Gemeinschaftsbeteiligung

Im ersten Quartal 2013 soll das „Gesetz zur Einführung der elektronischen Kommunikation mit Bundesbehörden“ in Bundestag und Bundesrat beraten werden und möglicherweise schon 2013 in Kraft treten. Auf der CeBIT werden die ersten viel versprechenden Schritte in eine vernetzte öffentliche Verwaltung zu sehen sein. Zentrale Themen der Gemeinschaftsbeteiligung von Bund und Ländern auf der CeBIT sind das eGovernment-Gesetz, die Bereitstellung öffentlicher Daten in maschinenlesbarer Form (Open Data) und Mobile eGovernment.

Der neue Personalausweis mit der Online-Ausweisfunktion (eID) und De-Mail bieten zwei gesetzlich verankerte Sicherheitsinfrastrukturen für die elektronische Kommunikation. Die eID-Funktion ermöglicht den sicheren elek-

tronischen Identitätsnachweis im Internet sowie an öffentlichen Terminals und Automaten. Mit De-Mail können Firmen oder Bürger elektronische Nachrichten einfach verschlüsselt versenden und die fristgerechte Zustellung einer Nachricht nachweisen.

Schwerpunktthema im Bereich „Sichere Identität“ auf dem Messtand der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik auf der CeBIT 2013 sind Musterprojekte, die im Rahmen der eGovernment-Initiative für De-Mail und den neuen Personalausweis gemeinsam mit Behörden von Bund, Ländern und Kommunen umgesetzt werden. Zu den Exponaten zählen zwei Bürgerterminals, Informationen zu verschiedenen Kartenlesegeräten und die elektronische Übermittlung von Lichtbildern per De-Mail. Ergänzt wird die Präsentation mit Fachinformationen des Bundesverwaltungsamtes und des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik.

Neue Plattform

Auf der neu geschaffenen Plattform www.GovApps.de finden Interessenten Apps für Smartphones, die von staatlichen Stellen bereitgestellt werden, aber auch Anwendungen privater Entwickler, die einen besonderen Mehrwert für die Allgemeinheit darstellen. „Wenn man Angebote von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen sucht, wird man mittlerweile auch im mobilen Internet fündig. Viele Stellen bieten Apps für iPhone, Android, Windows oder mobile Webanwendungen an. Mit GovApps haben diese mobilen Angebote nun einen gemeinsamen Platz – sozusagen das Rathaus im mobilen Internet“, so die Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe. Daneben verbindet GovApps öffentliche Stellen, Anbieter und Entwickler der Smartphone-Programme und beflügelt dadurch die Entwicklung weiterer Apps mit öffentlichem Mehrwert – von der Bildung über die Gesundheit bis zu sozialen Netzen.

Prozessdaten-Beschleuniger

Innovative Technologien sollen nicht nur mehr Service für den Bürger bringen. Mit dem Prozessdaten-Beschleuniger P23R zeigt der Bund auf der CeBIT, wie Informations- und Meldepflichten effizient und sicher zwischen Wirtschaft und Verwaltung abgewickelt werden können. Neue bzw. geänderte Gesetze und Verordnungen in diesem Bereich verursachen regelmäßig erhebliche und kostspielige Anpassungsaufwände in den IT-Systemen der betroffenen Wirtschaftsunternehmen.

Mit P23R wurde eine formale Beschreibungssprache entwickelt, in der Anpassungen einmal für alle beschrieben werden. Interessierte Unternehmen können sich diese Entwicklung künftig zu Nutzen machen, wodurch sich die Notwendigkeit teurer Anpassungen oder eines Neukaufs von Software bei Rechtsänderungen verringert. P23R leistet damit einen wesentlichen Beitrag zum Bürokratiekostenabbau in Deutschland.

Mit Spannung erwartet wird zudem der Prototyp der „Open Government Data Plattform Deutschland“, der auf der CeBIT einem breiten Publikum vorgestellt werden soll. Auf Basis von Rohdaten sollen künftig attraktive Informationsangebote, Dienste und Applikationen entwickelt werden. Dabei reicht die Spanne von der Su-

Europäischer Datenschutztag in Berlin:

Fokus auf EU-Datenschutzreform

Die Europäische Kommission hat im Januar 2012 eine umfassende Reform der EU-Datenschutzvorschriften vorgeschlagen. Damit will die Europäische Kommission vom Ansatz her alle privaten und öffentlichen Stellen in allen EU-Mitgliedstaaten – vom Bäcker bis zum Finanzamt, vom Web2.0-Unternehmen bis zum Sozialamt, von der Autowerkstatt bis zum Krankenhaus – einem einheitlichen und unmittelbar verbindlichen Datenschutzstandard unterwerfen. Den Mitgliedstaaten wäre es dann allerdings verwehrt, ein „Mehr an Datenschutz“ im nationalen Recht vorzusehen. Über den aktuellen Stand der Diskussion informiert jetzt der 7. Europäische Datenschutztag in Berlin.

Im Vordergrund der Tagung standen die datenschutzrechtlichen Herausforderungen aus internationaler Sicht: Wie reagieren weltweit tätige Unternehmen auf das europäische Vorhaben? Kann sich ein amerikanisches Unternehmen überhaupt gleichzeitig an die Datenschutzregeln in den Vereinigten Staaten und in der Europäischen Union halten? Welche Folgen hätte eine Umsetzung der Vorstellungen der Europäischen Kommission aus Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten?

Warnung des Botschafters

US-Botschafter John Rodgers drohte vor einem drohenden Handelskrieg, der sich an überzogenen europäischen Forderungen entzünden könnte. Wie das IT-Nachrichtenportal heise.de berichtet, sagte der für Wirtschaft zuständige Diplomat, dass es etwa aufgrund des geplanten „Rechts auf Vergessenwerden“ international „richtig knallen könnte“. In der laufenden EU-Datenschutzreform wird derzeit ein entsprechender Passus diskutiert, der es Bürgern ermöglicht, unter bestimmten Umständen das Löschen von Daten einzufordern. Rodgers zufolge ist ein weitgehender Anspruch auf das Löschen personenbezogener Daten technisch nicht umsetzbar und würde daher ein großes Problem „für alle Firmen auf dieser Erde“ darstellen.

Rodgers warnte laut Bericht

che nach bestimmten Wohn- und Arbeitsoptionen bis hin zur Übersicht über aktuelle Umweltdaten für einen bestimmten Ort. Schließlich birgt Open Government Data große wirtschaftliche Chancen: Laut einer von der Europäischen Kommission beauftragten Metaanalyse steckt in den frei verfügbaren Datenbeständen ein geschätztes ökonomisches Potenzial von jährlich 40 Milliarden Euro.

„Offene Daten sind ein ökonomischer Schatz“, kommentiert Innenminister Hans-Peter Friedrich. „Wenn diese Fachinformationen öffentlich bereitgestellt werden, können Dienstleistungen mit Mehrwert und neue Geschäftsmodelle entstehen.“

„Shareconomy“

Großer Bedarf für die Nutzung von Rohdaten der öffentlichen Einrichtungen wird auch aus dem soziokulturellen Bereich signalisiert. Die Verarbeitungskapazitäten für die wachsenden digitalen Inhalte ermöglichen zunehmend auch den Zugriff auf die Rohdaten. Dazu kommt, dass im Zeitalter des Teilens von Informationen und Ressourcen immer mehr Bürger offenen Zugang zu Wissen erhalten des öffentlichen Sektors fordern und bei wichtigen Entscheidungen frühzeitig Einfluss nehmen wollen. Die „Shareconomy“ als Leitthema der CeBIT 2013 wird nicht nur die Wirtschaft

werbsfähig zu bleiben. Es könnte nicht sein, dass schwächeres oder stärkeres Datenschutzrecht für Länder einen Wettbewerbsvorteil oder Nachteil bedeutet. Facebook beispielsweise habe seinen europäischen Sitz in Irland, wo die Datenschutz-Regeln als weniger streng als in Deutschland gelten. Selmayr machte deutlich, dass eine europäische „Mega-Datenschutzbehörde“ für die Kommission vorerst nicht auf der Tagesordnung steht.

Bayerische Position

Im Vorfeld des Europäischen Datenschutztags hatte der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz Dr. Thomas Petri davor gewarnt, das im deutschen und vor allem im bayerischen öffentlichen Bereich erreichte hohe Datenschutzniveau im Zuge der aktuellen europäischen Datenschutzreform abzusenken: „Im Grundsatz halte ich eine Neuregelung des EU-Datenschutzrechtsrahmens für dringend erforderlich. Jedoch ist es nicht sachgerecht, alle öffentlichen und privaten Stellen unabhängig von Umfang und Sensibilität der jeweiligen Datenverarbeitung einheitlichen Regelungen zu unterwerfen. Das anerkannte, in Jahrzehnten gewachsene und durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts maßgeblich geprägte hohe deutsche Datenschutzniveau würde damit im Ergebnis deutlich abgesenkt. Überdies würde in weiten Bereichen der deutschen und bayerischen öffentlichen Verwaltung eine erhebliche Rechtsunsicherheit entstehen.“

Regelungen beibehalten

Gerade die bewährten und fein austarierten Regelungen über die Datenverarbeitung bayerischer Behörden, Kommunen, Gerichte und Schulen müssten aber unbedingt erhalten bleiben, sagte Petri. „Ich denke hier etwa an die spezifischen Datenschutzvorschriften im Sozialrecht und Gesundheitsrecht, im Schulrecht und Beamtenrecht, im Statistikrecht und Steuerrecht. Umso bedauerlicher ist es daher, dass der Anfang Ja-

nachhaltig verändern, sondern auch die öffentliche Verwaltung. In Hannover werden die ersten viel versprechenden Schritte in diese vernetzte Welt zu sehen sein.

Marktplatz Kommune

Komplettiert wird das Angebot im Public Sector Parc mit dem Ausstellungsbereich „Marktplatz Kommune“, wo Unternehmen und Anwender aktuelle Produkte und Lösungen speziell für die kommunale Verwaltung vorstellen. Messebesucher erhalten an allen Messtagen ein umfangreiches und interessantes Vortragsprogramm zu unterschiedlichen kommunalen Themenstellungen. **DK**

nuar 2013 zum Vorschlag der Europäischen Kommission vorgelegte Berichtsentwurf des Europäischen Parlaments zwar zahlreiche durchaus positive Änderungsvorschläge enthält, auf diese grundlegende Forderung aber nicht eingeht.“

Gerade in Bezug auf rein innerstaatliche Datenverarbeitungen sollte die Europäische Union vor dem Hintergrund eingeschränkter Rechtsetzungskompetenzen und des stets beim Erlass europäischer Normen zu beachtenden Subsidiaritätsprinzips ihren Mitgliedstaaten nur einen Mindestdatenschutzstandard vorgeben. Zumindest im Hinblick auf die Datenverarbeitung der öffentlichen Verwaltung müssten die Mitgliedstaaten auch zukünftig strengere Regelungen und damit ein höheres, passgenaues und ausdifferenzierteres Datenschutzniveau im nationalen Recht vorsehen können, fuhr Petri fort.

Auch der Landtag ist gefragt

Neben dem Deutschen Bundestag muss es seiner Ansicht nach vor allem auch dem Bayerischen Landtag weiterhin möglich sein, die im Grundgesetz gewährleisteten Grundrechte entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts maßgeblich geprägte hohe deutsche Datenschutzniveaus zu schaffen und diese in der Zukunft auch flexibel und innovativ fortzuentwickeln.

Der Hauptgeschäftsführer des IT-Verbands Bitkom, Bernhard Rohleder, verwies seinerseits auf die Nachteile, die durch die EU-Regulierung entstehen: „Nach der geplanten Datenschutzverordnung werden viele bislang kostenlose Online-Dienste in Europa nicht mehr möglich sein.“ Das Prinzip, dass Nutzer in die Verarbeitung ihrer Daten einwilligen müssen, klinge zwar sinnvoll, sei in der Praxis aber kaum umzusetzen. Es schränke die Benutzerfreundlichkeit massiv ein. Dies gelte zum Beispiel für die Einblendung von Werbung auf Webseiten oder Bonitätsprüfungen bei Bestellvorgängen im Internet. **DK**



Messezentrum Nürnberg, 14.–17. März 2013
Werkstätten·Messe 2013
 Werkstätten für behinderte Menschen zeigen Leistung – Vielfalt – Qualität
 Die Ideenquelle für Unternehmen!
 Lassen Sie sich inspirieren, beeindruckt und überzeugen – von einer Messe, die Inklusion, Bildung und zertifizierte Qualität verbindet.
 Profitieren Sie von:
 ■ einer großen Auswahl an Produkten und Dienstleistungen
 ■ termingerecht, flexibel und maßgeschneidert,
 ■ der Umsatzsteuer von nur 7 % und
 ■ einer geminderten Ausgleichsabgabe bei Auftragsvergabe.

Sichern Sie sich gleich Ihre Eintrittskarte auf werkstaettenmesse.de/gutschein und geben dort folgenden Code ein: **Gemeinde2013**

Besucherservice
 Tel +49 (0) 9 11. 86 06-49 22
besucherservice@nuernbergmesse.de

Ideeller Träger
BAG
 WfBM

Veranstalter
NÜRNBERG MESSE

Alles zur „Unternehmens-Finanzierung“ beim UnternehmerTREFF am 15. März 2013, 9 bis 18 Uhr im NCC West!

Neuer Personalausweis:

Erfolgreiches eGovernment in den Kommunen

Mit dem Start des neuen Personalausweises im November 2010 waren auch für die kommunale Verwaltungspraxis vielfältige Erwartungen verknüpft. Über die eID-Funktion des neuen Personalausweises können sich Bürger sicher und eindeutig ausweisen und Verwaltungsdienstleistungen von zu Hause aus online erledigen. Nach gut zwei Jahren und rund 20 Millionen ausgegebenen Ausweisen werden Erfolge im kommunalen eGovernment sichtbar.

Die AKDB hat mit dem Bürgerservice-Portal bereits frühzeitig die technischen Möglichkeiten der eID-Funktion aufgenommen und bietet heute rund 50 Online-Verwaltungsdienste an – z. B. aus den Bereichen Einwohner-, Verkehrs- und Führerscheinwesen, die mit dem neuen Personalausweis genutzt werden können.

Wachsender Bedarf bei den Kommunen

Erfreulich ist die positive Resonanz bei den Kommunen auf die medienbruchfreien, bis in die Fachverfahren integrierten Online-Bürgerdienste. Diese führen neben einem deutlich verbesserten Bürgerservice auch zu weniger Aufwand in der Vorgangsbearbeitung. Beispiel: die fehler- und medienbruchfreie Übernahme der Antragstellerdaten aus dem neuen Personalausweis in das jeweilige Fachverfahren. Mittlerweile haben sich rund 60 Kommunen für Online-Bürgerdienste mit dem neuen Personalausweis im Bürgerservice-Portal der AKDB entschieden.

Das Bürgerservice-Portal ist

sowohl auf die Anforderungen größerer als auch kleinerer Kommunen ausgelegt, das Angebot an fachlichen Online-Diensten mit dem neuen Personalausweis kann individuell zusammengestellt werden. Möglich wird dies durch den modularen Aufbau der eGovernment-Plattform und der strikten Trennung zwischen den fachlichen Online-Diensten und unterstützenden Basisfunktionalitäten wie z. B. Bürgerkonto, Postkorb und ePayment. Diese werden – einmal bereitgestellt – von allen fachlichen Diensten genutzt. So bietet die Stadt Ingolstadt, die 2012 für ihr Engagement mit dem bayerischen eGovernment-Löwen der Staatsregierung ausgezeichnet wurde, ein umfassendes Dienstangebot aus den Bereichen Einwohner- und Verkehrswesen an. Gemeinden wie z. B. Dießen am Ammersee und Markt Sulzbach am Main legen ihre Schwerpunkte insbesondere auf die Online-Dienste aus dem Einwohnerwesen.

Online-Bezahlen ist notwendige Voraussetzung

Für die Mehrzahl der Anträge

gilt, dass sie gebührenpflichtig sind. Die durchgängige Online-Bearbeitung setzt eine Bezahlungsfunktion voraus. Entscheidend ist daher eine eGovernment-Lösung, die unterschiedliche Bezahlverfahren wie Kreditkarte und GiroPay bedienen kann und die notwendige Integration in das Kassen- bzw. Finanzverfahren sicherstellt. Mit ePayBL, einer seit mehreren Jahren in der öffentlichen Verwaltung etablierten Online-Bezahl-Plattform, steht eine solche Lösung im Bürgerservice-Portal zur Verfügung und ergänzt damit die klassische Lastschrift. Dies ist hinsichtlich der ab Februar 2014 geltenden SEPA-Lastschrift wichtig, wonach der Kontoinhaber dem Zahlungsempfänger bei jeder Zahlung ein schriftliches Mandat erteilen muss – ein erheblicher Aufwand für die Kommune.

Mehrwert durch verwaltungsübergreifende Lösungen

Bürger brauchen einen einfachen und schnellen Zugang zu den Online-Verwaltungsangeboten ihrer Verwaltung. Dabei spielt es keine Rolle, ob nun die Heimatgemeinde oder der Landkreis die Verwaltungsdienstleistung erbringt. Diesen Bedarf spüren Landkreise und kreisangehörige Gemeinden immer stärker. Dafür wird eine Verknüpfung der Online-Ange-

bote auf einer einheitlichen technischen Portal-Plattform geboten, bei gleichzeitiger Wahrung der Identitäten. Ein eigenständiger Web-Auftritt von Gemeinde und Landkreis ist somit möglich. Mit einem zentralen Bürgerkonto können die Bürger alle kommunalen Online-Dienste nutzen, ohne dass ein erneutes Anmelden mit dem neuen Personalausweis erforderlich wird. Dieses Single

Sign-On erhöht sowohl den Komfort für den Nutzer als auch die Akzeptanz der Online-Bürgerdienste.

Passende Lösung

Gleiches gilt für die Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltungen. Auch hier steht mit dem Postkorb, der jedem Nutzer im Bürgerservice-Portal zur Verfügung steht, eine zen-

trale Kommunikationsplattform zur Verfügung.

Die aktuelle Entwicklung bei kommunalen Online-Angeboten mit dem neuen Personalausweis beweist, wie erfolgreiches kommunales eGovernment aussehen kann. Die AKDB bietet mit dem Bürgerservice-Portal die passende Lösung und unterstützt die bayerischen Kommunen bei der Umsetzung ihrer eGovernment-Aktivitäten. □

Digitale Signatur und multifunktionale Chipkarten

Gemeinsame Studie von Innovationsstiftung Bayerische Kommune und AKDB zu Einsatzbereichen in bayerischen Kommunen

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune der Kommunalen Spitzenverbände in Bayern und der AKDB haben ihre erste Studie vorgelegt. In dem Leitfaden „Einsatzbereiche für elektronische Signaturen, multifunktionale Chipkarten und den neuen Personalausweis in bayerischen Kommunen“ wird dargestellt, inwieweit die elektronische Signatur, die multifunktionale Chipkarte und der neue Personalausweis im kommunalen Umfeld dazu eingesetzt werden können, Abläufe zu verbessern und gleichzeitig eine angemessen hohe Sicherheit zu gewährleisten.

Die Studie wurde im Auftrag der Innovationsstiftung Bayerische Kommune am Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik der Universität Würzburg erstellt und kann kostenfrei unter www.bayinnovationsstiftung.de heruntergeladen werden.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass alle drei untersuchten Lösungsansätze über einen sinnvollen Einsatzbereich in Kommunen verfügen, wobei je nach Art und Größe unterschiedliche Einsatzvoraussetzungen und Rahmenbedingungen zu beachten sind. Für den Einsatz von multifunktionalen Chipkarten und Signaturkarten innerhalb von Kommunen gilt, dass ihr Nutzen umso größer ist, je mehr die Karten Verwendung finden.

Viele Einsatzmöglichkeiten

Hier ergibt sich ein Vorteil insbesondere für mittlere und größere Kommunen, in denen etwa ein Kantinenbetrieb, der Anordnungsworkflow oder die Zeiterfassung mit multifunktionalen Chipkarten bzw. ein Standesamt, das Verfahren zum Abfallnachweis oder eine Vergabestelle mit Signaturkarten ausgerüstet werden können. Die notwendigen Investitionen in die notwendige Infrastruktur rechnen sich hier durch die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten besonders schnell.

Aber auch ohne die genannten Einsatzszenarien kann die multifunktionale Chipkarte etwa den Anmeldeprozess am PC sicherer machen oder eine qualifizierte Signatur die Rechtssicherheit elektronischer Dokumente erhöhen. Hiervon können laut Leitfaden auch kleinere Kommunen profitieren, wobei die Herausforderung besonders darin besteht, den Sicherheitsgewinn zu wirtschaftlichen Konditionen zu gewährleisten. Dies wiederum ist vor allem durch strikte Standardisierung der IT-Landschaft und Einsatz spezialisierter Dienstleister für die Infrastrukturkomponenten möglich.

Erste Anwendungsfälle

Der Einsatzbereich des neuen Personalausweises liegt nicht innerhalb einer Kommune, sondern vor allem beim Eingang von Bürgeranträgen bzw. bei der Schaffung eines sicheren „Bürgerpostfaches“. Derzeit sind erste Anwendungsfälle für den neuen Personalausweis möglich, „es ist aber zu erwarten, dass die Zahl möglicher Anwendungsfälle in Folge der geplanten Neuregelungen durch das eGovernment-Gesetz zunehmen wird“.

Daher werde es nach heutiger Einschätzung zukünftig für alle

Kommunen unabhängig von ihrer Größe sinnvolle Einsatzszenarien geben. Die hierfür notwendige eID-Infrastruktur einschließlich der notwendigen Integrationsbeziehungen zu Fachverfahren ist vergleichsweise komplex und kann nur für eine große Anzahl an Kommunen zu wirtschaftlichen Bedingungen erstellt und gepflegt werden. „Unter der Voraussetzung, dass ein Lösungsangebot zur Nutzung des neuen Personalausweises diese fachübergreifende Integration zu wirtschaftlichen Konditionen leisten kann, ist ein Einsatz für Kom-

munen aller Größen geeignet.“

Fazit: Allen Technologien ist gemein, dass sie hohe Ansprüche an die IT-Organisation stellen. Die strategische Planung der Einführungsprojekte, eine hohe Kostensensibilität aber insbesondere die Unterstützung durch spezialisierte IT-Dienstleistungsunternehmen sind zentrale Erfolgsfaktoren für diesen wichtigen Schritt der Verwaltungsmodernisierung. Auch weist der Leitfaden darauf hin, dass den verantwortlichen Entscheidern bewusst sein muss, dass die Komplexität der künftig immer enger miteinander vernetzten elektronischen Abläufe in Kommunen nur mehr mit einem hohen Grad an Standardisierung und enger Zusammenarbeit der Kommunen untereinander zu wirtschaftlichen Bedingungen zu bewältigen ist. **DK**

Die AKDB auf der CeBIT:

IT-Lösungen für Kommunen auf vier Messeständen

Die AKDB präsentiert sich als bundesweit führender Dienstleister und Anbieter für Kommunalsoftware auch in diesem Jahr vom 5. bis zum 9. März auf der CeBIT 2013, der weltweit wichtigsten IT-Messe. Auf dem Bayern-Innovativ-Stand in Halle 9, Stand A50, zeigt die AKDB die Registrierung und Anwendung mobiler Endgeräte im Bürgerservice-Portal, ein derzeit hochaktuelles Thema in der kommunalen IT.

Auf dem BfIT-Stand des Bundesinnenministeriums in Halle 7, Stand B50, können Messebesucher die Ausweis-Auskunft testen. Weitere Themen an diesem Stand: De-Mail und ein erfolgreiches Gemeinschaftsprojekt mit dem Automobilhersteller Audi zur vereinfachten Kfz-Abmeldung.

Am Stand des CIO der Bayerischen Staatsregierung in Halle 7, Stand C58, präsentiert die AKDB weiterentwickelte GIS-Lösungen für Kommunen. Dort sehen die Besucher auch ein Projekt der AKDB mit dem Freistaat: die nPA-Box, mit der Bürger Daten und Dokumente sicher speichern und ablegen könnten. Außerdem ist die Stadt Ingolstadt vor Ort, mit einem Erfahrungsbericht zum Bürgerservice-Portal. Schließlich zeigt die AKDB zusammen mit ihrer Vertriebs Tochter kommIT auf dem Stand A62 in Halle 7 das Bürgerservice-Portal, Apps für Bürger und Sachbearbeiter sowie ihr gesamtes Produktportfolio. Im Public Sector Parc Forum informiert die AKDB die Besucher zudem mit Vorträgen rund um innovative Lösungen zur kommunalen IT. □

Finanzanlagenvermittler:

Neue Rechtsgrundlage nach Gewerbeordnung (GewO) § 34f

Mit dem neuen § 34f GewO wurde für Finanzanlagenvermittler ein eigenständiger Erlaubnistatbestand für die Berufsausübung geschaffen.

Die bisher zusammen mit Immobilienmaklern, Bauträgern und Darlehensvermittlern im § 34c GewO geregelten Finanzanlagenvermittler erhalten damit eine eigenständige Vorschrift in der Gewerbeordnung, die sich sowohl am bisherigen § 34c GewO als auch am Vorbild des § 34d GewO für Versicherungsvermittler orientiert.

Anlegerschutz

Durch das neue Gesetz soll der Anlegerschutz im Bereich

des so genannten Grauen Kapitalmarkts verbessert werden. Eine schärfere Produktregulierung, erhöhte Vertriebsanforderungen und Erleichterungen bei der Prospektthaltung erweitern die Informationsbasis für Investitionsentscheidungen.

Anwendern des Gewerberegister- und Erlaubniswesens GEVE 4 der EDV Erntraud GmbH steht Modul „Finanzanlagenvermittler“ seit Mitte Januar zur Verfügung.

Weitere Info unter: www.edv-erntraud.de □

Besuchen Sie uns auf der CeBIT

Halle 7 Stand B50
Bundesministerium des Innern
Halle 7 Stand C58
CIO der Bayerischen Staatsregierung
Halle 9 Stand A50
Bayern Innovativ
Halle 7 Stand A62
kommIT GmbH

Ihr persönliches Messe-eTicket können Sie unter pr@akdb.de bestellen.



Michael Diepold,
Leiter des Geschäftsfelds
eGovernment der AKDB



Innovation. Voll. Partnerschaftlich.



Bürgerservice

Echtes eGovernment beginnt mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB

Das Bürgerservice-Portal ermöglicht den Kommunen ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Bürgerdienste. Es setzt Maßstäbe bei der Umsetzung sicherer und effizienter Online-Angebote mit dem neuen Personalausweis. Der Bürger kann bequem von zu Hause aus seine Meldebestätigung oder Wahlunterlagen beantragen oder sein neues Auto anmelden.

Das Bürgerservice-Portal wird im Rechenzentrum der AKDB betrieben und lässt sich problemlos auch in alle kommunalen Webauftritte integrieren.

Sprechen Sie mit uns: +49 89 5903-0



Software, die dem Menschen dient!

www.akdb.de

App aufs Amt - Premiere für die Bürger-App

Nicht jedem Trend muss man hinterherlaufen. Aber klar ist auch: Eine Kommune sollte für die Information und die Kommunikation mit den Bürgern zeitgemäße Technologien nutzen. Das war so mit dem Telefon, dem Fax und dem Internet. Heute gibt es keinen Zweifel: Smartphones haben die IT-Welt revolutioniert und sind zu einer festen Größe geworden.

„Unsere Kommune ist im Internet. Das reicht doch, oder?“ Theoretisch ist die kommunale Webseite auch via Smartphone nutzbar, aber nur theoretisch. Smartphones werden anders genutzt als der PC zu Hause. Der Bildschirm ist kleiner und wird mit den Fingern bedient.

Konzentration auf das Wesentliche

Das heißt: Inhalte müssen auf das Wesentliche konzentriert werden. Die Navigation muss einfacher sein und die Funktionen müssen der Nutzung unterwegs entsprechen. De facto ist nur eine eigenständige Anwendung (= App) die richtige Lösung für das Smartphone.

Kombiniert mit Telefon, GPS und Kamera machen Smartphones Informationen überall verfügbar und schaffen vollkommen neue Möglichkeiten. Ein Beispiel: Das Anzeigen von Adressen in einer Kartenansicht und mit Darstel-

lung des eigenen Standortes.

eGovernment kommt in Fahrt

Mittlerweile haben sich viele Online-Behördengänge etabliert. Nicht nur zur Zufriedenheit der Bürger, sondern auch zur Freude im Rathaus. Wenn Online-Versionen aktiv propagiert werden, lassen sich hohe Anteile von Vorgängen vollkommen medienbruchfrei und höchst automatisiert abwickeln. Über 40 Prozent Onlineanteil bei Wasserzählerständen und Briefwahlunterlagen bedeutet echte nachhaltige Einsparungen für den Gemeindehaushalt.

Die Bürger-App bietet mehr

Eine Reihe von Dienstleistern bieten sogenannte Städte-Apps an. Deren inhaltliche Struktur ist überwiegend touristisch ausgelegt. Der touristische Aspekt mit Schwerpunkten auf Gastrono-

mie und Sehenswürdigkeiten ist wichtig, aber im Rathaus gibt es noch mehr Themen, gerade für die Kommunikation mit den eigenen Bürgern. Die Bürger-App auf Basis von komuna.APP kombiniert beides: Information und Service aus dem Rathaus für die Bürger und Informationen für Bürger und Gäste.

Modular für eine individuelle Lösung

komuna.APP ist für einen modularen Aufbau konzipiert. So werden die künftigen Online-Services und Informationen exakt auf die Anforderungen, Wünsche und Gegebenheiten der Kommune abgestimmt. Insgesamt bietet die Struktur vier Bereiche: Aktuelles, Service (RSP-Module), Info und Dienste.

Bei den RSP-Modulen kann jede Kommune individuell auswählen, welche Online-Anwendungen aus dem vorhandenen RSP-Portfolio in der Bürger-App verfügbar sein sollen. Der Bereich Info ist gedacht für touristische Informationen (Sehenswürdigkeiten, Gastronomie u.ä.). Hier kann die inhaltliche Struktur individuell angelegt werden. Ein-gepflegt und aktualisiert werden

die Inhalte komfortabel über ein Content-Management-System (CMS) direkt durch die Kommune. Eine Funktion zur Kartendarstellung ist bereits im Standard integriert.

Der Bereich Dienste bietet einen QR-Code-Reader sowie einen Mängelmelder inklusive Foto- und GPS-Standortübermittlung. Zusätzlich lassen sich Schnittstellen zu bereits vorhandenen Modulen wie einem Parkleitsystem oder einem Nahverkehrs-Modul einbinden. Selbstverständlich komplett individuell sind die Namensgebung, das App-Symbol und auch die Kopfleiste innerhalb der App.

Pragmatisch, schnell und günstig zur fertigen App

Aufgrund des modularen Konzeptes von komuna.APP sind die Kosten für die Realisierung denkbar gering. Und in nur drei Schritten wird die Bürger-App realisiert.

1. Schritt: In einem Projektgespräch werden die Auswahl der RSP-Module und die Struktur für den Infoteil erarbeitet. komuna gestaltet die Symbole und konfiguriert die App.
2. Schritt: Anschließend erfolgt die Schulung im CMS. Seitens der Kommune werden Inhalte eingepflegt. komuna bereitet die Veröffentlichung vor.
3. Schritt: komuna kümmert sich um die Publikation in den Portalen: App Store (iPhone / iOS) und Google Play (Android).

Bei zügiger Abwicklung kann eine Bürger-App in kürzester Zeit fertig gestellt sein - und die Kommune dann ihren Bürgern und Gästen auch mobil aktuelle Informationen und zeitgemäßen Service bieten.

Weitere Info: www.komuna.de und Tel. 0871/97385-0. □

Mediennetzwerk Bayern nimmt Arbeit auf

Bayerns Medienminister Thomas Kreuzer hat im Kuppelsaal der Staatskanzlei gemeinsam mit Vertretern der Gründungspartner des Mediennetzwerks Bayern, Bayerischer Rundfunk, Bayerischer FilmFernsehFonds, Bayerische Landeszentrale für neue Medien und MedienCampusBayern e.V. Konzept und Struktur des neuen Mediennetzwerks Bayern vorgestellt.

Medienminister Kreuzer: „Der Medienstandort Bayern ist führend in Deutschland und Europa. Mit dem Mediennetzwerk Bayern wollen wir die bereits bestehende Vernetzung optimieren und Kreative und Unternehmen aus verschiedenen Sparten der Medienwelt und aus den verschiedenen Regionen Bayerns zusammenbringen. Damit bringen wir Bayern als Medienstandort weiter voran.“

Prof. Dr. Dr. Birgit Spanner-Ulmer vom Bayerischen Rundfunk betonte: „Den Medienstandort Bayern stärken - das ist ein zentrales Anliegen des Bayerischen Rundfunks. Dafür stehen wir zum Beispiel mit herausragenden Produktionen und mit der Weiterentwicklung unserer technischen Standards. Das Mediennetzwerk Bayern trägt dazu bei, den Austausch mit anderen starken Partnern und Medienschaffenden zu stärken - eine der Voraussetzungen, um Innovationen zu befördern, und deshalb ist das Mediennetzwerk Bayern auch für den Bayerischen Rundfunk eine exzellente Initiative.“

Prof. Dr. Klaus Schaefer vom FilmFernsehFonds: „Wir freuen uns, dass die gute Arbeit des Clusters Audiovisuelle Medien in den Aktivitäten des Mediennetzwerk Bayern eine Fortsetzung findet. Der Bayerische FilmFernsehFonds bringt sein Netzwerk und seine Expertise gerne in diese In-

itiative ein.“
Siegfried Schneider, Präsident der BLM: „Die Vernetzung der unterschiedlichen Akteure und die Schaffung medialer Aufmerksamkeit für Innovationen, Ideen, Leistungen und Neu-Gründungen im Kommunikationssektor sind zwei wichtige Punkte mit denen die BLM auch in Zukunft einen aktiven Beitrag zur Fortentwicklung des Medienstandorts Bayern leisten will.“ Markus Kaiser vom MedienCampus Bayern e. V. unterstrich: „Der MedienCampus Bayern e. V. ist mit 89 Mitgliedern der Dachverband für die Medienaus- und -fortbildung in Bayern. Wir stehen für eine bayernweite Vernetzung mit Mitgliedern aus allen Landesteilen. Als Plattform für das neue Mediennetzwerk Bayern stellen wir gerne unser ‚MedienWiki‘ (www.medienwiki.org) zur Verfügung, auf der sich alle Mitglieder präsentieren können.“

Der Koordinator des Mediennetzwerks Bayern, Karl-Georg Nickel: „Der Medienstandort Bayern bietet hervorragende Voraussetzungen für eine Vernetzung. Neben Medienmachern aller Sparten finden wir in Bayern eine intakte Medientechnikindustrie und eine ideale Zeitungslandschaft mit regionalen Aktivitäten im lokalen Funk und lokalen Fernsehen. Am Standort die Vernetzung zu optimieren ist das Ziel des Mediennetzwerks Bayern.“ □

Mit Höchstgeschwindigkeit auf die Datenautobahn:

Neues Breitbandnetz in Untrasried in Betrieb

Bandbreiten von bis zu 50 Mbit/s

Mit einem symbolischen Knopfdruck ist das neue Breitbandnetz in Untrasried in Betrieb gegangen: Alfred Wölflé, Erster Bürgermeister der Gemeinde Untrasried, läutete gemeinsam mit Johannes Stepperger, Geschäftsführer von LEW TelNet, und Udo Schoellhammer, Leiter der M-net Niederlassung Kempten/Allgäu, das neue Internet-Zeitalter offiziell ein. Die technische Inbetriebnahme des Netzes erfolgte bereits Ende November. Seitdem stehen den Haushalten und Gewerbetreibenden in Untrasried, Hopperbach und Eschers Internetanschlüsse mit einer Bandbreite von bis zu 50 Mbit/s zur Verfügung.

Durch den Einsatz der Glasfasertechnologie sind besonders hohe Bandbreiten von derzeit bis zu 50 Mbit/s möglich - ein Vielfaches dessen, was ein Standard-DSL-Anschluss oder Funklösungen zu leisten vermögen. Bisher konnte man in den Ausbaugebieten nur mit geringen Bandbreiten online gehen. Anders als bei anderen Infrastrukturen wie beispielsweise auch der neuen Mobilfunktechnologie stehen diese hohen Bandbreiten pro Anschluss stabil zur Verfügung - unabhängig davon, wie viele Anwender parallel Daten aus dem Internet herunter- oder hochladen.

„Die Inbetriebnahme des neuen Breitbandnetzes in Untrasried ist für unsere Gemeinde ein wichtiger Schritt in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Eine leistungsstarke Breitbandanbindung ist für Unternehmen und Selbstständige heute entscheidend bei der Standortauswahl. Auch für Privathaushalte wird eine schnelle Kommunikation immer wichtiger“, sagte Untras-

rieds Erster Bürgermeister Alfred Wölflé. „Mit dem neuen Breitbandnetz verfügen wir in Untrasried, Hopperbach und Eschers nun über eine zukunftssichere Infrastruktur.“

Die Arbeiten für das Breitbandnetz waren im Juli dieses Jahres gestartet und wurden Ende November abgeschlossen. Seither können rund 540 Privathaushalte und rund 60 Gewerbetreibende in den Ausbaugebieten die hochmodernen Kommunikationsanschlüsse nutzen und von sehr hohen Bandbreiten profitieren.

Basis des Netzes sind rund fünf Kilometer neue Glasfaser- und Kupferleitungen, die das Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet verlegt hat. Sie verbinden an verschiedenen Punkten im Erschließungsgebiet die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Breitbandnetz von LEW TelNet. Die neuen hochmodernen Telefon- und Internetanschlüsse für die Kunden werden von dem regional führenden Telefon- und Interne-

tanbieter M-net bereitgestellt. An den Investitionen für das neue Netz haben sich neben den beiden Unternehmen auch die Gemeinde Untrasried sowie der Freistaat Bayern beteiligt.

„Wir setzen in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns aktuell 53 Breitbandprojekte um, von denen mit der Inbetriebnahme hier in Untrasried 46 in Betrieb sind. Insgesamt bringen wir rund 40.000 Privathaushalte sowie etwa 5.000 Gewerbetreibende und Unternehmen mit höchsten Bandbreiten ins Internet“, sagte Johannes Stepperger, Geschäftsführer von LEW TelNet. „Damit stärken wir die wirtschaftliche Basis der Region und legen den Grundstein für einen weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur bis zu einzelnen Gebäuden.“

M-net stellt die Lösung Surf&Fon-Flat Regio, die standardmäßig einen Telefon- und VDSL-Internetanschluss mit einer Internet- sowie Telefon-Flatrate ins dt. Festnetz umfasst, ab 34,90 Euro monatlich für den Verbraucher bereit. Die hohen Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 50 Mbit/s ermöglichen dem Anwender die komfortable Nutzung bandbreitenintensiver multimedialer digitaler Anwendungen wie beispielsweise Video-on-Demand oder Online-Gaming.

Auch für Gewerbebetriebe bietet M-net zielgruppenspezifische Breitband-Internetlösungen an. „Die Bürgerinnen und Bürger - und natürlich die Gewerbetreibenden - im Ausbaugebiet verfügen nun über Internetzugangsmöglichkeiten, wie sie in vielen Städten Deutschlands oft noch nicht vorhanden sind“, erklärte Udo Schoellhammer, Leiter der M-net Niederlassung Kempten/Allgäu. „Der Übergang vom digitalen Feldweg direkt auf die digitale Autobahn ist für Untrasried ab sofort Realität.“

Weitere Informationen erhalten Interessierte u. a. im Internet unter <http://www.m-net.de/breitbandausbau> □



V. l.: Alfred Wölflé, Erster Bürgermeister der Gemeinde Untrasried, Johannes Stepperger, Geschäftsführer von LEW TelNet und Udo Schoellhammer, Leiter der M-net Niederlassung Kempten/Allgäu. □

App aufs Amt!

Die universelle Bürger-App für Ihre Verwaltung



Online-Behördengänge über das Handy und aktuelle, überall verfügbare Informationen aus Rathaus, Verwaltung und Wirtschaft. komuna hat die innovative Lösung für die individuelle Bürger-App Ihrer Kommune.

komuna GmbH
EDV-Beratung
Wallerstraße 2
84032 Altdorf
Tel. 08 71/973 85-0
Fax 08 71/973 85-600
info@komuna.de
www.komuna.de



bvse-Neujahrsempfang:

Ressourcenschonende Gesellschaft etablieren

Ein Novum in der Historie des bvse-Neujahrsempfangs, der traditionell vom bvse-Landesverband Bayern ausgerichtet wurde: Diesmal traf man sich im österreichischen Filzmoos. Bürgermeister Johann Sulzberger nahm die rund 60 Teilnehmer auf der Oberhofalm herzlich in Empfang. Er betonte, dass die Recycling- und Entsorgungsbranche sich inzwischen zu einem wichtigen Bestandteil der Wirtschaft entwickelt habe.

Voll des Lobes über die gute Organisation, die vor Ort Frau Martina Moosleitner in die Hand genommen hatte, begrüßte Christiane Neuhaus als bayerische Landesvorsitzende die Gäste. Allen voran natürlich Diplom-Ingenieur Christian Holzer, den zuständigen Sektionschef für Stoffstromwirtschaft, Abfallmanagement und stoffbezogenen Umweltschutz im österreichischen Bundesumweltministerium. Aber natürlich auch die Vertreter des Verbandes Bau-Stoff Recycling Bayern, Matthias Moosleitner, Wolfgang Fuchs und Stefan Schmidmeyer, Stefan Herzer vom Verband Österreichischer Entsorgungsbetriebe sowie bvse-Präsident Bernhard Reiling und bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock.

Neuhaus beließ es aber nicht bei launigen Begrüßungsworten, sondern ging auch sehr deutlich auf die großen Schwierigkeiten ein, die größere und kleinere Recycling- und Entsorgungsunternehmen nach Einführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes gerade im Freistaat Bayern hätten. Sie beklagte, dass es in Bayern im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele Untersagungen von gewerblichen Sammlungen gebe und so die Aktivitäten der privaten Unternehmen zugunsten der Kommunen zurückgedrängt würden. Darüber hinaus kritisierte die bvse-Landesvorsitzende, dass das Anzeigeverfahren nach § 18 Kreislaufwirtschaftsgesetz zu einem enorm gestiegenen Verwaltungsaufwand geführt hätte, unter dem vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen zu leiden hätten.

Performance-Gefälle

Festredner Diplom-Ingenieur Christian Holzer betonte vorweg, dass bei allen Problemen, denen man sich immer wieder aufs Neue stellen müsse, sich Deutschland und Österreich nach einer Studie der EU-Kommission gemeinsam mit den Niederlanden an der Spitze der Mitgliedsländer in der rechtlichen und praktischen Umsetzung moderner abfallwirtschaftlicher Anforderungen befinden. Die Studie stelle aber auch fest, dass es ein „frappantes Gefälle abfallwirtschaftlicher Performance“ unter den Mitgliedstaaten gebe. Holzer: „Nur wenn es uns innerhalb der Europäischen Union gemeinsam gelingt, dieses Gefälle möglichst rasch abzubauen, können wir von einer nachhaltigen europäischen Abfallwirtschaft sprechen.“

Die Zukunft der Abfallwirtschaft liegt nach Meinung Holzlers in der bereits begonnenen Weiterentwicklung zum Ressourcenmanagement beziehungsweise zur Bewirtschaftung von Sekundärressourcen mit all den dabei zu bewältigenden Problemstellungen. Daher gelte es, „unseren zukünftigen Rohstoffbedarf“ zu allererst aus den in unserer Infrastruktur und unseren Konsumprodukten enthaltenen Materialien zu decken. Dazu gehören neben der Nutzung von Sekundärressourcen auch eine möglichst ressourcenschonende Produktgestaltung, sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht.

Bei vielen (Werk-)Stoffen wie Papier, Glas, Metallen sei dies, so der Vertreter des österreichischen Bundesumweltministeriums, bereits eine Selbstverständlichkeit. Es gelte jedoch, die getrennte

Sammlung und die Sortierung noch weiter auszubauen und zu perfektionieren. Immer noch landeten zu viele dieser Materialien in der klassischen Beseitigung oder einer minderwertigen Behandlung. Insofern stellte Diplom-Ingenieur Christian Holzer fest: „Am Vorrang der rohstofflichen Verwertung führt kein Weg vorbei!“ Er verwies darauf, dass zur Wiedergewinnung von Sekundärrohstoffen wesentlich weniger Energie aufgewendet werden müsse als für die Gewinnung von Primärrohstoffen.

Nach seiner Auffassung werde die Qualitätsfrage immer stärker in den Vordergrund rücken. Holzer: „Auf Dauer werden sich nur hochwertige Recyclingprodukte durchsetzen.“ Unzureichend gelöst erscheint ihm auch die Frage nach

Kritik des VBS:

Verdrängung der Privatwirtschaft durch Kreislaufwirtschaftsgesetz

Parlamentarischer Abend mit Parlamentskreis Mittelstand der CSU-Landtagsfraktion

Das Thema „Erste Erfahrungen mit dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz“ diskutierte der VBS-Vorstand bei einem Parlamentarischen Frühstück mit dem Parlamentskreis Mittelstand der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Dort wurde den Parlamentariern erläutert, dass ca. 5-10 % der angezeigten gewerblichen Sammlungen in Bayern von Behördenseite untersagt werden. Ferner ist festzustellen, dass der besondere Schutz bestehender gewerblicher Sammlungen gem. § 18 Abs. 7 KrWG häufig ignoriert wird.

Neue Einnahmequelle

Offenbar versuchen manche Kommunen mit Hilfe des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, sich neue Einnahmequellen zu verschaffen und nehmen dabei auch in Kauf, die Existenzgrundlage mittelständischer Entsorgungsunternehmen zu gefährden. Aus Sicht der privaten Entsorgungswirtschaft ist dies inakzeptabel, nicht zuletzt weil es sich hier um gewerbliche Sammlungen handelt, die Privatunternehmen zum Teil seit Jahrzehnten durchführen, für die sie Verwertungsstrukturen aufgebaut und Märkte entwickelt haben.

Einige Kommunen wollen nun selbst Wertstoffsammlungen durchführen und meinen, so leichtes Geld verdienen zu können. Eine Chance bedeutet jedoch auch immer ein Risiko: Der Versuch kommunaler Entsorgungsbetriebe, als Akteur auf den internationalen Rohstoffmärkten zu agieren, ist mit unkalkulierbaren Risiken für die Bürgerinnen und Bürger verbunden. Dies haben etwa Kommunen, die zum Beispiel im Papiermarkt spekuliert haben, in der Wirtschaftskrise 2009 bitter bezahlt. Der Papier-Preis ist in dieser Wirtschaftskrise von über 100 Euro pro Tonne auf 5 Euro pro Tonne gesunken. Den Kommunen blieben die Sammel- und Logistik-Kosten, diesen standen jedoch kaum Erlöse gegenüber. VBS-Präsident Otto Heinz: „Die Preis-Schwankungen in den Rohstoffmärkten sind größer als im Deutschen Aktienindex. Hier besteht die Gefahr, dass auf Grund von Fehlkalkulationen der Bürger vor Kasse gebeten wird. Demge-

dem besten Weg der „Vermarktung“ und Qualitätssicherung von aus Abfällen hergestellten Sekundärrohstoffen. Der in letzter Zeit immer häufiger eingeschlagene Weg des verordneten „Abfallendes“ müsse in jedem Einzelfall einer kritischen Betrachtung unterzogen werden.

Mit der immer bedeutenderen Rolle der Abfallwirtschaft als Rohstofflieferant der Industrie rücke auch ein wichtiger Aspekt der Abfallvermeidung in den Vordergrund. Dies sei jedoch in erster Linie eine Aufgabe der produzierenden Wirtschaft und der Produktdesigner, in Bezug auf die Reduzierung der Stoffvielfalt oder etwa der Demontagefreundlichkeit.

Vermarktung vorantreiben

Christian Holzer berichtete weiter, dass Österreich es sich zum Ziel gesetzt habe die Vermarktung und den Einsatz von Recyclingbaustoffen weiter voranzutreiben. Dabei gehe es neben der Etablierung von Rahmenbedingungen für die verstärkte Berücksichtigung im Zuge öffentlicher Aufträge auch darum, Qualitätskriterien für das Abfallende von hochwertigen Recyclingprodukten aus der Aufbereitung von Baurestmassen per Verordnung festzulegen. □

gegenüber trägt ein privater Unternehmer das Risiko von Fehlentscheidungen ausschließlich selbst.“ □

Weniger Emissionen bei der Behandlung von Abfällen

Neue VDI Richtlinie gibt Anleitungen für Bau- und Abbruchunternehmen

Beim Neubau, Ausbau oder Abbruch fällt auf einer Baustelle viel Bauschutt an. Die neue Richtlinie VDI 2095 Blatt 2 gibt ab sofort Anleitungen, wie Emissionen in Anlagen zur Behandlung von gemischten Bau- und Abbruchabfällen gemäß der Gewerbeabfallverordnung verringert werden können. Die Richtlinie gilt auch für Anlagen, in denen diese zusammen mit Gewerbeabfällen und Sperrmüll vorbehandelt werden.

Der ausführlich beschriebene Gesamtprozess der Behandlung umfasst die Anlieferung und Lagerung des Ausgangsmaterials, die Aufbereitung einschließlich Zerkleinerung, Klassierung und Sortierung sowie die Förderung und Lagerung der erzeugten Materialien und die notwendigen Transporte.

Maßnahmen zur Emissionsminderung

Auch die oft unterschätzten organisatorischen Maßnahmen werden ausführlich behandelt. So muss bei Anlagen, die Abfälle aufnehmen und aufbereiten, über eine Betriebsordnung festgelegt und auch dem Anlieferer signalisiert werden, welche Maßnahmen zur Emissionsminderung auf dem Betriebsgelände gelten. Dazu zählen beispielsweise Geschwindigkeitsbeschränkungen, Abplanen von Fahrzeugen, Benutzung von Reifenwaschanlagen oder Durchfahrbecken. Zusätzlich kann bereits im Vorfeld der Anlieferung

8. Landshuter Umweltmesse:

Kontinuität und Vielfalt

Vom 14. bis 17. März 2013 werden der Landshuter Messepark sowie die Flächen in und um die Sparkassenarena wieder zum Schauplatz für Produkte, Dienstleistungen und Innovationen aus den Bereichen Bauen & Wohnen, Natur & Technik, Energie & Mobilität sowie Gesundheit & Ernährung. Während der vier Messtage erwarten die Verantwortlichen der LA-umwelt gemeinnützige GmbH erneut rund 35.000 Besucher.

Mehr als 220 Aussteller werden ein breites Themenspektrum abdecken. Der Eintritt für die größte jährlich stattfindende Messe in Landshut ist frei. Dadurch sind mehrere Messebesuche, insbesondere zum Wahrnehmen der über 90 Vorträge, problemlos möglich.

Wie bereits in den Jahren zuvor beschäftigt sich die Umweltmesse auch heuer wieder mit dem „Dauerbrenner“ Energiewende. Über Möglichkeiten der Eigenenergieerzeugung und energetische Sanierungen informieren Aussteller ebenso wie über (schadstoffarme) Elektromobilität – ein Trend, der sich nach Einschätzung eines Ausstellers gerade in den Städten künftig verstärken wird. Sowohl Elektroautos als auch Elektrofahrräder können auf der Umweltmesse getestet werden.

Neue Akzente

Nach Auskunft von Rudolf Schnur, Geschäftsführer der veranstaltenden LA-umwelt gGmbH, sollen aber auch auf anderen Gebieten neue Akzente gesetzt werden. So wird 2013 das Thema Gesundheit und Ernährung in den Vordergrund gerückt. Passend hierzu werden Referenten der Deutschen Gesellschaft für Umwelt- und Humantoxikologie zahlreiche Vorträge im Rahmen der Umweltmesse anbieten. Dazu präferieren sich unter anderem der Kneipp-Verein und das Prana-Zentrum.

Apropos Ernährung: Für das leibliche Wohl im Neuen Foyer

zwischen der Sparkassen-Arena und der Messehalle sorgt ein Anbieter, der Spezialitäten aus Wien, Bayern und der Türkei offeriert – aus biologischem und regionalem Anbau und dazu vegetarisch und vegan. Auch für Kinder ist auf der Umweltmesse einiges geboten. So öffnet die Kinderkunstwerkstatt von Dr. Markus Wimmer ihre umweltpädagogischen Pforten. Unter dem Motto „Die Natur ist eine Künstlerin“ können die jüngsten Messebesucher ihrer Kreativität freien Lauf lassen.

Die Landshuter Umweltmesse dient zudem als außerschulischer Lernort und Plattform für Schulprojekte. Bei informativen Fachvorträgen können sich die Besucher über Innovationen und Trends aus diesem Bereich informieren oder sich zahlreiche Produkte bei Vorführungen ansehen.

Es wird komplizierter

Auf den ersten Blick wenig mit Umweltschutz zu tun haben heuer einige Aussteller wie das Tierkrematorium München. Wie ein Vertreter erläutert, sei die Einäscherung toter Haustiere sehr wohl besonders umweltfreundlich: „Das ist steril und sauber. Und aus der Tiersache macht eine österreichische Firma auf Wunsch sogar einen Edelstein.“ Weil Tiere in der Gesellschaft einen immer höheren Stellenwert besäßen, sei die Nachfrage inzwischen enorm.

Laut Oberbürgermeister Hans Rampf, Schirmherr der Umweltmesse, ist durch die von der Bundesregierung ausgerichtete Energiewende in der Energiewirtschaft sehr viel in Bewegung gekommen. „Viele Diskussionen und Bedenken zur Energiewende werden sich als heiße Luft herausstellen, eines aber dürfte si-

cher sein: Für die einzelnen Haushalte wird es komplizierter. So wie es früher war – Ölheizung in den Keller und das Haus ist warm –, wird es nicht mehr sein. Jeder Einzelne wird sich zukünftig genau überlegen müssen, welche Energiequelle für welche Nutzung optimal ist, dabei geht es nicht nur um Haus und Garten, sondern auch um die Lebensbereiche Mobilität und Kommunikation“, macht Rampf deutlich.

Regionale Messen wie die Landshuter Umweltmesse seien genau die richtige Quelle, um sich zu informieren und die verschiedenen Möglichkeiten gegeneinander abzuwägen. Die Stadt Landshut werde zusammen mit den Stadtwerken wieder mit einem Stand auf der Messe vertreten sein. Dort werde der Besucher mit detaillierten Informationen zum Energie- und Klimakonzept der Stadt versorgt.

Die Landshuter Umweltmesse stelle eine „Erfolgsgeschichte“ dar, die 2013 verstärkt fortgesetzt werde, betont Rampf. Die Gründe für die Beliebtheit der Messe seien einerseits in der Kontinuität, andererseits in der Vielfalt zu suchen.

Gute Informationsquelle

Wie Niederbayerns Bezirktagspräsident Manfred Hölzlein, der ebenso als Schirmherr fungiert, darlegt, sind Messen und Ausstellungen wie die Landshuter Umweltmesse eine sehr gute Informationsquelle für Verbraucherinnen und Verbraucher. Das Spektrum der Aussteller und somit der Informationsquellen sei hier besonders breit; für jeden gebe es Themen zu erkunden, die ihn mehr oder weniger direkt betreffen – eben vom „Hauslebauer“ bis hin zum Lebensmittelkonsumenten.

Einfache Lösungen für die Bewältigung der großen Aufgaben im Bereich Umwelt kann es Hölzlein zufolge nicht geben. Die richtige Strategie könne nur aus vielen einzelnen Komponenten bestehen – wohl bedacht und mit Rücksicht auf Länder der Dritten Welt. Auch dabei seien Wissen, Bildung und Informationsaustausch zwischen verschiedenen Fachbereichen ganz entscheidend für die weitere Entwicklung. „Darauf setzt der Bezirk Niederbayern schon seit vielen Jahren.“ DK

Langfristige Sicherung der Rohstoffversorgung

VBS: Politik muss richtige Rahmenbedingungen setzen

Die vor kurzem veröffentlichte Studie „Rohstoffversorgung langfristig sichern“ der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft legt dar, dass der weltweit steigende Rohstoffbedarf, zunehmende Exporteinschränkungen sowie Preissteigerungen mittel- und langfristige ernsthafte Bedrohung für die heimischen Unternehmen darstellen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass weitere Fortschritte beim Recycling notwendig sind. Auch der VBS spricht sich vor diesem Hintergrund für einen weiteren Ausbau der Kreislaufwirtschaft aus. Die Politik ist gefordert, hierfür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die vom Rat für nachhaltige Entwicklung proklamierte Vision einer 100-prozentigen Kreislaufwirtschaft von Rohstoffen ist für VBS-Präsident Heinz die richtige Antwort auf drohende Versorgungsengpässe und steigende Preise auf den Rohstoffmärkten. Die Politik ist daher gefordert, die Weichen so zu stellen, dass die Rohstoffausbeute aus dem Abfall signifikant erhöht wird. Otto Heinz: „Wir müssen das Recycling maximieren und die Verbrennung von Abfällen reduzieren.“

Höchste Recyclingquote weltweit bei Kupfer

Bei einigen Materialien, z.B. Kupfer, hat Deutschland mit 54 % die höchste Recyclingquote weltweit. Beachtliche Werte erreicht auch der Einsatz von Sekundärrohstoffen: von 45 % bei Stahl bis hin zu 94 % bei Glas. Für weitere Fortschritte ist es

wichtig, die Notwendigkeit des Recyclens sowohl den Konsumenten als auch den Unternehmen näher zu bringen. Ferner sollten Produkte so konzipiert werden, dass eine einfachere Demontage möglich ist.

Wertstoffpotenzial

Auch das im Restmüll enthaltene Wertstoffpotential soll besser für das Recycling erschlossen werden. So wird es durch das geplante Wertstoffgesetz in Zukunft möglich sein, dass mit der Einführung einer Wertstofftonne zusätzlich rund 7 Kilogramm Wertstoffe pro Einwohner und Jahr erfasst und dem Materialkreislauf wieder zugeführt werden. Für den VBS ist es dabei von entscheidender Bedeutung, dass die Vergabe der Aufträge für Sammlung und Sortierung der Wertstofftonne in einem fairen Wettbewerbsverfahren erfolgen. □

Schrottbranche vor gravierenden Änderungen

2013 wird ein schwieriges Jahr

Auf den Markt und seine Akteure kommen strukturelle Veränderungen und sinkende Mengen zu. Für Sebastian Will, Stellvertreter Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling, ist dies das Ergebnis eines Bündels von prekären Entwicklungen, wie er in einem Interview mit dem bvse-Mitgliedermagazin RecyAktuell deutlich machte.

Sebastian Will sieht für das Geschäftsjahr 2013 „gravierende Veränderungen“ auf die Schrottwirtschaft zukommen. Es deute sich an, so Will, dass einige etablierte Player, deren Stern im

Sinken sei, zurückstecken müssten und in Folge werden nach seiner Einschätzung „neue Große“ entstehen. Eine ähnliche Entwicklung könnte auch auf der Abnehmerseite eintreten.

Bauleitplanung:

Vom Umgang mit Geruchsmissionen

ACCON GmbH berät im Auftrag von Kommunalverwaltungen

Die Bauleitplanung ist das wichtigste Instrument für die städtebauliche Entwicklung von Gemeinden. Im Umgang mit Geruchsmissionen gewinnt der Immissionsschutz in der Bauleitplanung zunehmend an Bedeutung. Gerüche spielen in der Luftreinhaltung überall dort eine Rolle, wo sich die Wohnbebauung im Einwirkungsbereich geruchsintensiver Abluftverfahren gewerblicher oder industrieller Unternehmen befindet.

Die ACCON GmbH, ein umwelttechnisches Beratungsbüro mit Sitz im oberbayerischen Greifenberg, hat es sich zur Aufgabe gemacht, im Auftrag von Privatpersonen, Industrie und Kommunalverwaltungen Messungen, Berechnungen und gutachterliche Beurteilungen durchzuführen sowie unter anderem Luftschadstoffe zu bekämpfen. Nachfolgend werden Instrumente zur Bewertung von Geruchsmissionen dargestellt und Lösungshinweise gegeben, um beispielsweise Standortnachteile bei der Zulassung eines Vorhabens von vornherein zu vermeiden.

Vor einem Dilemma

Bauleitpläne sollen laut Baugesetzbuch eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleisten, die u. a. umweltschützende Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringen. Die Leitlinien für die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind im Baugesetzbuch aufgeführt. Häufig aber stehen die Gemeinden bei der Ausweisung neuer Baugebiete auf bisher unbesetzten Flächen vor einem Dilemma.

Zum einen weisen die freien Flächen – häufig im „Außenbereich“ an den Ortsrändern der Gemeinde gelegen – Geruchsmissionen auf, die aus landwirtschaftlichen Betrieben oder auch kommunalen Abwasserreinigungsanlagen in der näheren Umgebung freigesetzt werden. Zum anderen hat die Gemeinde verschiedentlich die Aufgabe zu lösen, einen „unproblematischen“ Standort für die Ansiedlung eines Geruchsstoffemittierenden Betriebes (zum Beispiel Intensivtierhaltungsbetrieb) zu finden.

Nutzungskonflikt

Liegt ein möglicher Nutzungskonflikt in der Bauleitplanung vor, sind für die geplante Wohnbebauung auch die zu erwartenden Geruchsmissionen mit zu berücksichtigen. Folgende Instrumente sind bei der Betrachtung von Einzelfällen hilfreich:

1. Einhaltung der in VDI-Richtlinien zur Emissionsminderung dargestellten Abstände (z. B. Emissionen und Immissionen aus Tierhaltungsanlagen)
2. Abstandshinweise (sog. Abstandserlass des Landes Nordrhein-Westfalen) zwischen Indu-

stri- bzw. Gewerbegebieten und Wohngebieten im Rahmen der Bauleitplanung

3. Erstellung einer Geruchsmissionsprognose, die eine Bewertung des Belästigungsgrades zulässt. Als Messgröße für die Geruchsbelastung gilt das zeitliche Ausmaß des Auftretens von Geruchsmissionen (Dauer und Häufigkeit), bezogen auf die Gesamtstunden eines Jahres.

4. Im Falle intensiver Geruchsspitzen oder besonders unangenehmer Gerüche können die in den VDI-Richtlinien beschriebenen Methoden zur Bestimmung der Geruchsstoffmissionen durch allerdings zeitlich aufwändige Begehungen im Rahmen der Einzelfallprüfung angewendet werden.

Die Geruchsmissionsrichtlinie GIRL wird in ständiger bayerischer Rechtsprechung als eine Erkenntnisquelle angesehen. Sie legt fest, dass von einem Betrieb verursachte Gerüche in der Regel dann als erheblich belästigend einzustufen sind, wenn sie einen jährlichen Gesamtstundenanteil von 10 % in Wohn- und Mischgebieten bzw. 15 % in Dorfgebieten überschreiten.

Schutzniveau

Das maßgebliche Schutzniveau gegenüber Geruchsbelästigungen hängt ab von der Lage im Bebauungsplan. Wo Gebiete unterschiedlicher Qualität und Schutzwürdigkeit zusammentreffen, ist die Grundstücksnutzung mit einer Pflicht zur Rücksichtnahme belastet.

Eine weitere Möglichkeit zur Vermeidung von Abwägungsfehlern in der Bauleitplanung stellt die Kontingentierung von Geruchsemissionsanteilen dar. Die Festsetzung von flächenbezogenen Schalleistungspegeln für die zulässige Geräuschemission von Gewerbe- und Industriegebietsteilflächen ist seit vielen Jahren gängige Beurteilungspraxis. Dieses Verfahren berücksichtigt die ggf. abgestuften maximal zulässigen Emissionen (Schalleistung je Quadratmeter und Grundfläche) und führt bei sachgerechter Anwendung dazu, dass die Immissionswerte in der Nachbarschaft dauerhaft eingehalten werden können.

Eine Übertragbarkeit dieser Anwendung auf die Geruchsmissionssituation ist prinzipiell gegeben. Allerdings zielt die GIRL auf die Bestimmung von Geruchs-Immissionsanteilen am Immissionsort ab. **DK**

Darüber hinaus habe sich seit 2012 das klassische West-Ost-Gefälle im Markt deutlich verschoben. Will: „Das Ruhrgebiet hat seine Führungsrolle im Schrott nachhaltig eingebüßt. Der Markt ist derzeit regional sehr zerfasert; ein Trend, der sich wahrscheinlich verstärken wird.“

Die Mühe lohnt nicht

Unterschätzt werde nach seiner Meinung, dass das Schrottaufkommen der privaten Haushalte eine wichtige Rolle im Rahmen des Gesamtschrottaufkommens spiele. Da der monetäre Anreiz für Bürger durch die per Kreislaufwirtschaftsgesetz geplante Verdrängung der privaten Entsorgungswirtschaft entfällt, geht der Branchenexperte davon aus, dass vieles liegen bleibe, weil sich die Mühe für die Bürger schlicht nicht lohne.

Während die Stahlwerke die Verdrängung der privaten Sammelunternehmen durch die Kommunen zeitverzögert wahrnehmen, werde es bei den meist mittelständischen Aufbereitungsanlagen schnell zu einer Verringerung der Auslastung kommen.

Mengenentwicklung

„Was die Mengenentwicklung angeht, ist meine Vermutung, dass 2013 die seit einiger Zeit schon prophezeite Materi-

alknappheit deutlicher zu Tage treten wird. Angestoßen durch die Euroschuldenkrise kommen in diesem Jahr einige prekäre Entwicklungen zusammen“, zeigt sich Sebastian Will besorgt.

Gehobene Schätze

So werde das Aufkommen an Schrott aus privaten Haushalten auch ohne die Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes rückläufig sein. Nach Aussage des Stellvertretenden Vorsitzenden des bvse-Fachverbandes Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling seien die meisten „Schätze“ der privaten Haushalte inzwischen gehoben. Die Generation der Leute, die nach dem Krieg alles gesammelt und aufgehoben habe, sterbe aus und jeder Keller und jede Scheune könne nur einmal ausgeräumt werden.

Kritische Grenze

Außerdem werde nach Einschätzung Wills das industrielle Schrottaufkommen aufgrund geringerer Auslastungen der Produktionsbetriebe deutlich zurückgehen. „Da anzunehmen ist, dass sich das Schrotangebot am Markt elastischer verhält als die Nachfrage, verspricht es in 2013 eher eng zu werden. Hinzu kommt, dass wir uns bei den Preisen für Rohstoffe im Allgemeinen einer kritischen Grenze zu nähern scheinen, bei der sich der Standort Deutschland oder einzelne Werksstandorte nicht mehr rentieren. Kurz gesagt: 2013 wird ein schwieriges und für einige Marktteilnehmer entscheidendes Jahr“, stellt Sebastian Will abschließend fest. **□**

Neue Bioabfallverordnung

Anforderungen und Auswirkungen am Beispiel von Kompostierungsanlagen

Seit 1. Mai 2012 ist die neue Bioabfallverordnung (BioAbN) in Kraft. Wesentliche Änderungen beziehen sich insbesondere auf die Seuchen- und Phytohygiene, Höchstmengen der Aufbringung, die Dokumentations- und Nachweispflichten sowie die in § 10 BioAbN definierten Einschränkungen der Befreiung von Behandlungs- und Untersuchungspflichten bestimmter Bioabfallkategorien. Wesentliche Teile dieser Änderungen wurden von Verbänden der Abfallwirtschaft heftig kritisiert, da diese die Vermarktung von Kompost erschweren, die Verwertung der Bioabfälle verteuern und somit auch Gebührenerhöhungen nicht auszuschließen sind.

Die BioAbN gilt für alle Bioabfälle, deren Verwertung auf forst- und landwirtschaftlichen sowie gärtnerischen Flächen erfolgt. Somit gilt die BioAbN auch für Grünabfälle. Die Behandlungs- und Untersuchungspflichten gelten auch für Grünabfälle, die davon bisher befreit waren.

Ermittlung der AVL

Betroffen von dieser neuen Verordnung sind u.a. nun auch Städte und Gemeinden, die ihren aufbereiteten Grünschnitt bisher als Dünger in der Landwirtschaft ausgebracht haben. Durch die nun erforderliche Hygienisierung der Biomasse entstehen Kosten, die u. U. zu einer Gebührenerhöhung führen können. So hat die Abfallverwertungsgesellschaft des Landkreises Ludwigsburg (AVL) ermittelt, dass die Umsetzung der Anforderungen der BioAbN auf ihren 36 kommunalen Häckselplätzen die Abfallgebühren um ca. 2,60 Euro pro Jahr und Haushalt steigen lässt.

Strengere Auflagen

Nicht zuletzt die Skandale um die Belastung von Ackerflächen mit Perfluorierten Tensiden (PFT) oder um den EHEC-Erre-

ger haben dazu geführt, dass Bioabfälle, die in der Land- und Forstwirtschaft verwertet werden, strengeren Auflagen bei der Dokumentations- und Nachweispflicht sowie bei der hygienisierenden Behandlung unterworfen sind. **□**

Baustoff Recycling Forum 2013 in Augsburg

Am 27. Februar 2013 lädt der Baustoff Recycling Bayern e.V. Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichem Dienst zum Baustoff Recycling Forum nach Augsburg.

Das Forum hat sich zu einem Treffpunkt für die Baustoffrecycling-Branche entwickelt, das Herstellern, Anwendern und der öffentlichen Verwaltung eine Informationsplattform über die Möglichkeiten und die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Recyclingbaustoffen in Bayern bietet.

Themen werden u. a. die Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und der Anlagenverordnung (AnlAV) in der Praxis bei Aufbereitung und Einsatz sowie Konzept und Umsetzung der neuen Mantelverordnung in Verwaltung und im Unternehmen sein. Als Referenten fungieren Vertreter der Ministerien von Bund und Land sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft. **Weitere Info unter www.baustoffrecycling.bayern.de** **□**

Anzeigeverfahren für gewerbliche Sammlungen

Eine wichtige Klarstellung zum Anzeigeverfahren gem. § 18 KrWG für gewerbliche Sammlungen hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf, (Az.: 17 L 1901/12) vorgenommen. In einer Entscheidung machte das Gericht deutlich, dass eine Untersagung nur dann ausgesprochen werden darf, wenn es anders nicht möglich ist, die Einhaltung der Voraussetzungen nach § 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder Nr. 4 KrWG zu gewährleisten, teilt der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. mit. Der bvse vertritt die mittelständische Entsorgungswirtschaft, die sich über teilweise nicht nachvollziehbare Verwaltungsentscheidungen beklagt.

Die zuständige Behörde habe daher eine zweistufige Prüfung durchzuführen. Erst wenn eine ordnungsgemäße und schadlose Verwertung sowie - bei gewerblichen Sammlungen - der Schutz öffentlicher Interessen nicht anders, beispielsweise im Wege der

Anordnung von Bedingungen, zeitlichen Befristungen oder von Auflagen nach § 18 Abs. 5 Satz 1 KrWG sichergestellt werden kann, darf die angezeigte Sammlung nach § 18 Abs. 5 Satz 2 KrWG untersagt werden.

Nach den Worten von bvse-Juristin Eva Pollert ist das ein wichtiger Hinweis für die meist kommunalen Vollzugsbehörden bei der Bearbeitung der Anzeigen. In den überwiegenden Fällen von Untersagungsbescheiden, die dem bvse bisher zur Kenntnis gebracht wurden, sei genau diese zweistufige Prüfung nicht oder nicht ausreichend vorgenommen worden.

Es wurde vielmehr, sogar teilweise noch vor der erforderlichen Anhörung, die Anwendung des schärfsten Mittels angekündigt und den Unternehmen sogar indirekt die Zurücknahme der Anzeige nahegelegt. Mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichts wird diese bisher häufig vorgenommene Verwaltungspraxis in Frage gestellt. **□**

Grundkurs „Güteüberwachung“ im März 2013

Der Baustoff Recycling Bayern e.V. bietet im März 2013 wieder zwei Seminare „Grundkurs Güteüberwachung“ an:

- am 06. März 2013 in München, Domicil - Hotel München-West Puchheim
 - am 07. März 2013 in Nürnberg, Novotel am Messezentrum.
- Das Seminar ermöglicht den Teilnehmern, dem Personal an den Aufbereitungsanlagen und den für die Güteüberwachung Verantwortlichen die für die Qualitätssicherung von Recyclingbaustoffen notwendige Fachkunde zu vermitteln.

Im Seminar werden folgende Themen behandelt:

- Gesetzliche Grundlagen und Regelungen
- Richtlinien zur Anwendung und Güteüberwachung von mineralischen Ersatzbaustoffen
- Durchführung von Eignungstest, Eigen- und Fremdüberwachung
- Internetgestütztes System zur Güteüberwachung (WMS).

Im Seminarblock „Gesetzliche Grundlagen und Regelungen“ erhalten die Teilnehmer zudem einen Überblick über die Neuerungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und deren Auswirkungen auf Abbruch-, Erdbau- und Recyclingunternehmen sowie Hinweise auf den aktuellen Handlungsbedarf in ihren Unternehmen. **□**

Recycling-Baustoffe aus Bayern -
der Umwelt zuliebe
nur mit diesem Zeichen!



Teilnehmer am **Umwelt PAKT BAYERN**
www.baustoffrecycling-bayern.de

Metropolregion Nürnberg:

Netz mit starken Knoten

Weißenburg (wefa) – Siegfried Balleis, der Erlanger Oberbürgermeister und Ratsvorsitzende der „Metropolregion Nürnberg“, hält nichts von der Larmoyanz, mit der die fränkischen Bezirke noch in den neunziger Jahren gegen die Benachteiligung aus München geklagt haben. Die Metropolregion und der 1996 gegründete Marketingverein haben nach seiner Einschätzung schon viel erreicht und die fränkischen Regionen selbstbewusster gemacht. Vor dem Kreistag Weißenburg-Gunzenhausen sagte er: „Wir sind das Netz mit vielen starken Knoten.“

Balleis („Raus aus dem ständigen Jammern“) wandte sich gegen das fränkische Selbstmitleid, das früher vorherrschend war, als es darum ging, Franken in Bayern richtig zu verorten. „Es war nicht klug“, so der frühere Wirtschafts-

referent von Erlangen und einstige Zirndorfer Stadtrat, „sich mit München vergleichen zu wollen.“ Die Franken müssten einfach deutlicher zu erkennen geben, wo ihre Stärken seien.

Als absolut positiv sieht er es,

dass die 55 Mitglieder im Rat der Metropolregion absolut gleichberechtigt sind, im Gremium jeweils nur eine Stimme haben und sich somit auf Augenhöhe begegnen. Derzeit gebe es rund 60 Projekte, vom „Seepferdchen“ bis zum Wissenschaftstag. An die 500 Leute seien in Foren engagiert und brächten ihre Ideen in das Netzwerk ein. Erfreulicherweise seien auch die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern dabei.

Kernpunkte

Die wahre und große Bedeutung der Metropolregion in Europa macht Balleis schon an drei geografischen Punkten deutlich: sie ist eingebunden in den Schifffahrtsweg vom Schwarzen Meer bis an die Nordsee, sie liegt an der Bahnlinie Stockholm-Palermo und an der internationalen Autobahn von London nach Istanbul. Als die Kernpunkte der Arbeit nennt er Verkehr und Logistik, automotiv Produkte, Information und Kommunikation sowie - ganz groß - Medizin und Gesundheit.

In der Metropolregion Nürnberg leben 3,45 Millionen Menschen auf 21.349 Quadratkilometern. Hier gibt es 162.000 Unternehmen mit 1,8 Millionen Beschäftigten und einer Exportquote von 47,3 Prozent. Der Prognos-Zukunftsatlas 2010 für Deutschland stuft Nürnberg nach München und Frankfurt/Rhein-Main auf den dritten Rang ein, noch vor Rhein-Neckar, Stuttgart, Hamburg, Rhein-Ruhr, Bremen-Oldenburg, Hannover-Braunschweig-Wolfsburg, Mitteldeutschland und Berlin-Brandenburg.

Bilanz des Regionalmanagers

Elf Mitarbeiter sind inzwischen bei der Zukunftsinitiative „Altmühlfranken“ tätig. Sie und ihr Leiter Dieter Popp, der vor drei Jahren von dem damaligen Landrat Franz-Xaver Uhl in den Kreis geholt wurde, gehören zum Landratsamt.

„Als ich anfing, hat es kein regionales Image gegeben“, sagt Popp. Daraus resultierte seine

BR-Radtour:

Lauf an der Pegnitz gewinnt Gastrowettbewerb

Lauf a.d. Pegnitz heißt die Siegerstadt des Gastrowettbewerbs der Radtour 2012 des Bayerischen Rundfunks (BR). Die Laufer-Wirtgemeinschaft erhielt von den rund 1.200 Tour-Teilnehmern für die schmackhaftesten Speisen, den herzlichsten Service und das beste Preis-Leistungsverhältnis die Note eins. Im Rahmen des Wettbewerbs hatten die Radler jeden Abend das Speise- und Getränkeangebot sowie den Service bewertet. Damit gewinnt Lauf Deutschlands größten Gastronomie-Wettbewerb, ausgelobt vom Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband Dehoga Bayern und dem BR.

Getreu dem Motto „So schmeckt Bayern“ setzten die Laufer Wirte ganz auf regionale und saisonale Produkte, die durchaus auch mit internationalen Einflüssen zubereitet wurden, wie Knoblauchländer Gemüsepfanne mit Schupfnudeln und Tomatensugo, Fränkische Stadtwurst mit Musik, Curry-Reispfanne mit Hähnchenfleisch süß-sauer oder gar Chili con Carne.

Wirtgemeinschaft

Wirtesprecher Hans Lehner (Hotel zur Post, Lauf) hat mit Franziska Müller (Schlossrestaurant, Lauf), Thomas und Gisela Söhnlein (Gasthof Herzog, Lauf) und Ingrid Pristownik (Metzgerei Pristownik, Lauf) gezeigt, was das mittelfränkische Team kulinarisch „drauf“ hat.

Zu dieser Auszeichnung, die im

Hauptaufgabe: die Stärken des Kreises zu erkennen und herauszuarbeiten und besser zu verkaufen. Der neue Begriff „Altmühlfranken“ ersetzt für ihn die offizielle Bezeichnung Weißenburg-Gunzenhausen. Der Bindestrich in diesem Doppelnamen war für Popp eher ein Trennungsstrich. Inzwischen bedienen sich an die 30 Institutionen dieses Namens und der ZIA-Chef empfindet: „Der Begriff ist im Herzen der Menschen angekommen.“ Der Landkreis wird seiner Meinung nach jetzt eher als „Kunststoffregion“ wahrgenommen. Diese Position wird sich noch festigen, wenn erst einmal das TTZ in Weißenburg etabliert ist.

Mit der Freiwilligenagentur sei eine Anerkennungskultur für die Menschen mit bürgerschaftlichen Engagement (Ehrencard) aufgebaut worden. Nach mühevoller Vorarbeit sei es gelungen, ein regionales Wirtschaftsportal zu schaffen, das alle Unternehmensdaten enthalte.

Zertifizierungsoffensive

Froh ist er, dass der Kreis die „rote Laterne“ in Sachen Zertifizierungsoffensive inzwischen abgeben konnte. Auf sehr vielen Gebieten hätten Qualifizierungs- und Qualitätsoffensiven stattgefunden. Ziel sei es immer, die Wertschöpfung im Kreis zu behalten. Allein im Tourismus hätten jetzt 54 Einrichtungen ein Gütesiegel erworben, vor drei Jahren habe es nur eines gegeben.

Der Regionalmanager („Wir müssen an unsere Stärken glauben“) spricht von einer „hohen Lebensqualität“ im Seenland: „Das ist eine unserer Stärken, aber wir haben sie früher zu wenig kommuniziert.“ Heute gebe es 36 Metzger im Kreis („Die höchste Dichte in Bayern“) und 15 Brauer (die meisten nach Bamberg und Forchheim). „Das müssen wir“, so Popp, „immer auf der Festplatte haben, wenn wir über unsere Stärken reden“. Auch nach seinem Abgang empfiehlt er, „das Potenzial, das wir haben, stärker einzusetzen, auch wenn es um die Außendarstellung geht“.

„Wir können uns mit dieser Bilanz sehen lassen“, sagt Landrat Gerhard Wägemann zufrieden. Der Landkreis habe sich in einigen Bereichen, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, verbessern können. □

150 Jahre Befreiungshalle Kelheim:

Markantes Wahrzeichen

Hoch über Kelheim thront auf dem Michelsberg das Wahrzeichen der niederbayerischen Stadt: die Befreiungshalle. Zur Feier ihres 150. Geburtstags wartet Kelheim 2013 mit einem vielfältigen Programm auf.

Neben Feldhernhalle, Siegeshalle und Ruhmeshalle mit der Bavaria in München sowie der Walhalla bei Regensburg gehört die Befreiungshalle zu den großen Monumentalbauten in Bayern, die König Ludwig I. in Auftrag gegeben hat. Begonnen wurde sie von Friedrich von Gärtner in Anlehnung an antike und christliche Zentralbaudeen und 1863 von Leo von Klenze nach geänderten Plänen vollendet.

Bewahrung des Denkmals

Laut Niederbayerns Bezirksamtspräsidenten Manfred Hölzlein „entsteht der Wert eines Gebäudes, wenn es einen Raum schafft, wo wir uns erinnern und wo wir uns historisch verankern können. Das sind die besten Voraussetzungen, damit wir gemeinsam unsere Wege in die Zukunft gestalten“. Die Befreiungshalle als eines der markantesten Wahrzeichen Niederbayerns schaffe diesen Raum – „für uns und für die, die nach uns kommen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir dieses Denkmal heute als Stück unserer Geschichte für die Zukunft bewahren.“

Für Ministerpräsident Horst Seehofer ist die Befreiungshalle ein Denkmal für die Napoleonischen Kriege, die für Bayern, aber auch die anderen deutschen Staaten eine schwere Bewährungsprobe waren. Sie stehe als herausragendes Dokument für die Architektur und künstlerische Ausdruckskraft ihrer Entstehungszeit sowie für das historisch-politische Denken von König Ludwig I. Sie sei aber an ihrem exponierten Ort am Zusammenfluss von Altmühl und Donau auch ein markanter Orientierungspunkt, eine weithin sichtbare Bekrönung des Landes.

Traditionen und Bezüge

Das Gebäude stehe heute in vielfältigen Traditionen und Bezügen, so Seehofer. „Wir denken dabei an die Leistungen und Opfer der Soldaten in den Befreiungskriegen, an den föderalistischen Geist, den der Bau zum Ausdruck bringt, und an die Gestaltungskraft der beteiligten Künstler. Wir denken aber auch an die Verpflichtung, die dieses Bauwerk uns auferlegt, unsere Geschichte nicht zu vergessen und unser reiches historisches Erbe, auf das wir stolz sein dürfen, zu pflegen. Dieser Pflicht wollen wir weiterhin gerecht werden.“

Bis zum eigentlichen Geburtstag der Befreiungshalle am 18. Oktober 2013 wird im Festjahr bereits eine Vielzahl von Aktivitäten über die Bühne gegangen sein. Neben Wissenswertem rund um die Befreiungshalle hat 7.000 Gästen eine unvergessliche Sommernacht beschert, darunter auch vielen Politikern wie Innenminister Joachim Herrmann oder Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler.“

Im Rahmen der Initiative „Feiern mit dem Wirt in Bayern“ war der DEHOGA Bayern bereits zum dreizehnten Mal offizieller Partner und Gastgeber für die Abendveranstaltungen der Tour. Hierbei betreute der Verband insgesamt 94 Großevents mit über einer halben Million Besuchern. □

um die Befreiungshalle und ihren Erbauer Ludwig I. gibt es bei Ausstellungen und Vorträgen eine Menge vieles zu erfahren. Einer der Höhepunkte ist der „Historische Festzug“. Sportlich wird es beim historischen „Eilbotenlauf“ von der Walhalla in Regensburg zur Befreiungshalle. Eine ungewöhnliche Kombination von Kunst und Natur erwartet die Besucher bei „Ballett und Wildnis“, wenn das Bayerische Staatsballett in der einmaligen Landschaft der Weltenburger Enge ein Gastspiel gibt. Konzerte, ein großer Festakt und ein historischer Festzug runden das Jubiläumprogramm ab.

Ludwig I. beklagte häufig die Denkmalvergessenheit. Hier wird 2013 ein Akzent gesetzt, der Kelheim mit seinen Bürgerinnen und Bürgern wie einst beim Bau der Halle ab 1842 zusammenrücken lässt. DK

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Robmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Erlangens OB Siegfried Balleis.

Bild und Text: Falk

Landkreis Passau:

Mobilfunk und Breitbandrichtlinie II

Infoveranstaltung in Kellberg mit Landrat Meyer

Bayern zählt zu den stärksten Wirtschaftsräumen in Deutschland und weltweit. Damit das auch in Zukunft so bleibt, braucht das Land eine moderne Infrastruktur. Straßen, Schienen, Flugverbindungen, Breitbandkabel und Mobilfunk sind die Voraussetzungen für den freien Fluss von Gütern, Daten und Dienstleistungen.

Eine effizientere Mobilfunk- und Breitbandinfrastruktur stand im Zentrum einer Sonderveranstaltung des Passauer Landratsamts. Unter dem Motto „Mobilfunk heute und morgen im Landkreis Passau“ informierten in Kellberg u. a. Vertreter namhafter Mobilfunkanbieter über die neuesten Entwicklungen.

Förderung von Gewerbegebieten

Nach dem Ausbau des Breitband-Netzes ist vor dem Ausbau: Die nächste Stufe auf dem Weg, ein noch leistungsfähigeres Internet zu bekommen, steht vor der Tür. Hatte das Innovationsmanagement Deutsche Telekom 2005 noch angekündigt, „kein Kunde braucht mehr als 3 Mbit/s“, zeigte sich heute, dass sich der Bandbreiten-Bedarf alle 20 Monate verdoppelt, berichtete Josef Kaiser von der zuständigen Koordinierungsstelle am Landratsamt Passau. Vor allem sollen laut Kaiser diesmal Gewerbegebiete gefördert werden.

Elementarer Bestandteil

Wie Passauer Landrat Franz Meyer hervorhob, werden Wirtschaft und Bevölkerung immer stärker von dem Thema „Telekommunikation“ durchdrungen. Im engeren Sinne versteht man unter „Telekommunikation“ den Datenaustausch unter Verwendung von Elektrotechnik, Elektronik, Funktechnik und anderer neuerzeitlicher Übertragungstechnologie. Telekommunikationsanlagen wiederum seien „technische Einrichtungen oder Systeme, die als Nachrichten identifizierbare elektromagnetische oder optische Signale senden, übertragen, vermitteln, empfangen, steuern oder kontrollieren können. Te-

lekommunikationseinrichtungen schließlich stellten einen elementaren und nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil der Infrastruktur dar. Meyer: „Die globale Welt ist zusammengerückt, aber wer heute oder morgen den Kontakt verliert, der wird Wettbewerbsnachteile haben mit allen seinen Auswirkungen.“

Meyer zufolge ist der Breitbandausbau „die Infrastrukturmaßnahme dieses Jahrzehnts“. Der Landkreis Passau sei führend unter den Flächenlandkreisen Bayerns: So wurden in den vergangenen vier Jahren rund 7 Mio. Euro Investitionen in den Gemeinden angestoßen. „3 Mio. Euro staatliche Förderung flossen in den Landkreis, 2 Mio. Euro haben die Gemeinden investiert und 2 Mio. Euro hat der Landkreis Passau aus dem Kreishaushalt an Zuwendungen an die Gemeinden für den Ausbau gegeben. Damit sind wir nach wie vor der einzige Landkreis Bayerns, der in dieser Höhe Breitbandausbau fördert und die Gemeinden unterstützt“, unterstrich der Passauer Landrat.

Empfehlung

Der Landkreischef zeigte sich erfreut, „dass unsere Forderung für eine weitere Förderung durch den Freistaat Bayern erfolgreich war“. In Zukunft könnten die Maßnahmen im Landkreis Passau bis zu 80 % gefördert werden. Den Gremien des Kreistages werde er, Meyer, empfehlen, „dass wir auch im Breitbandprogramm II in der finanziellen Unterstützung für die Gemeinden verbleiben“. Allein für 2013 seien im Haushalt 450.000 Euro veranschlagt. Meyer: „Ich bin überzeugt, dass der Kreistag dies bei der Kreistagssitzung am 28. Februar beschließen wird.“ DK

Grenzenlos im Rodachtal

Initiative Rodachtal arbeitet erfolgreich an der nachhaltigen Entwicklung der einstigen Grenzregion - Als Modellprojekt in www.sdl-inform.de

Einst lag das Rodachtal an der Grenze zwischen Ost und West – heute ist es eine aufstrebende Region mit bemerkenswertem Entwicklungspotenzial. Die interkommunale Zusammenarbeit des 2001 gegründeten Vereins „Initiative Rodachtal“ zeichnet sich durch besondere Qualität aus. Kurze, aber effiziente Wege bei der Kommunikation und Umsetzung der Projekte, politische Entscheidungsträger, die nachdrücklich die Interessen der Region vertreten und Kooperationen im kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich sind die Basis des Erfolgs.

Nach einer Orientierungsphase in den Neunzigern beschlossen die bayerischen Städte Rodach und Seßlach sowie die Thüringer Gemeinden Bad Colberg-Heldburg, Straufhain, Ummerstadt und Westhausen die Region gemeinsam voranzubringen. Mit dabei auch die Orte Weitrandsdorf, Itzgrund und Ahorn, die sich der „Initiative Rodachtal“ anschlossen.

Initialzündung

Die Initialzündung gab ein Seminar an der Schule für Dorf- und

Flurentwicklung in Klosterlangheim, die in der Folge den Prozess begleitete. Unterstützung erfuhr das Projekt auch vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberfranken.

Entwicklungskonzept

Die „Initiative Rodachtal“ widmet sich intensiv den Herausforderungen, die sich aus dem demographischen Wandel sowie den Besonderheiten der Region - begründet in der jahrzehntelangen Teilung des Landstrichs - ergeben.

Den bislang umgesetzten Maßnahmen liegt ein regionales Entwicklungskonzept zugrunde, das seit 2007 unter dem Motto „Gesundheit an Körper, Geist und Seele - grenzenlos“ fortgeschrieben wird.

Wiederbelebung der Bäderkultur

Die „Initiative Rodachtal“ achtet verstärkt darauf, dass Leerstände in den Ortschaften vermieden, wertvolle Bausubstanz genutzt und die Attraktivität der Gemeinden gesteigert wird. Arbeitskreise zu den Themen Baukultur und Wohnungs- und Städtebau, eine Immobilienbörse und ein Projekt im Bereich des Flächenmanagements sind nur einige Beispiele für effiziente Innenentwicklung.

Tourismusmarketing

Da der Tourismus eine wichtige Säule im Wirtschaftsraum Rodachtal ist, sieht die Initiative hier einen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Touristische Potentiale werden schrittweise erschlossen und auch überregional tritt das Rodachtal als attraktive Urlaubsregion auf. Vor allem neue Museen, Fahrrad- und Wanderwege, die Etablierung eines gemeinsamen Tourismusmarketings und die Kooperation mit dem Regionalmanagement Coburger Land sind wichtige Maßnahmen. Die alte Bäderkultur diesseits und jenseits der ehemaligen Grenze soll Schritt für Schritt wiederbelebt werden. Die Bürger sehen die Entwicklung des Rodachtals zu einer Wellnessregion als eine der wichtigsten Ziele im Bereich des Tourismus.

Vision von der dezentralen Energieversorgung

Darüber hinaus verfolgt die „Initiative Rodachtal“ auch in anderen Bereichen eine konsequente Verbesserung der Lebensqualität. Das neu eröffnete Mehrgenerationenhaus in Heldburg beispielsweise fördert das soziale Miteinander und eine Kompetenzzentrum unterstützt rund 60 Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben. Der Start eines Naturschutzprojektes fördert zudem den Erhalt der Kulturlandschaft und der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Bürger wollen die wirtschaftlichen Chancen nutzen, die sich aus der Energiegewende ergeben, nutzen und planen langfristig eine dezentrale Energieversorgung.

Brückenschlag mit Modellcharakter

Die Erfolge der Aktionen liegen auf der Hand: Die einstigen wirtschaftlichen Schwächen der Region werden nach und nach überwunden und auch die Mentalitätsunterschiede in der Bevölkerung treten zunehmend in den Hintergrund. Im Sinne einer positiven Zukunftsentwicklung steuert die „Initiative Rodachtal“ den demographischen Wandel in allen wichtigen Bereichen interkommunal und ganzheitlich.

Das Jahr 2013 ist ein besonderes in der Geschichte der Partnerschaft, feiern die Landkreise München und Krakau doch das 10-jährige Jubiläum ihrer Verbindung. Das gilt im Übrigen auch für den weiteren polnischen Partner des Landkreises München, den Landkreis Wieliczka. Aus diesem Anlass wird es, neben den zahlreichen Begegnungen auf Fachebene, zwei große Treffen der drei Landkreise geben – im Juli in München und im November in Polen.



Besuch in Tschenschow: (v. r.) Landrat Józef Krzyworzeka und Landrätin Johanna Rumschöttel mit Ehepartnern vor einer Kopie der Schwarzen Madonna.

Musikalische Perlen

Münchner Landrätin Johanna Rumschöttel besuchte Neujahrskonzert der Extraklasse im Partnerlandkreis Krakau

Dass in Münchens Partnerlandkreis Krakau Kultur einen hohen Stellenwert genießt, ist allen an der deutsch-polnischen Partnerschaft Interessierten längst bekannt. Wie viele jugendliche Gesangstalente in der Partnerkommune des Landkreises München jedoch versammelt sind, davon konnte sich Landrätin Johanna Rumschöttel Ende Januar bei einem ganz besonderen Neujahrskonzert im Auditorium Maximum der Krakauer Universität überzeugen.

Rund 25 junge Sängerinnen und Sänger, zum Teil noch Kinder, haben am 26. Januar satirisch-kabarettistische Lieder aus den 1950er und 1960er Jahren einem großen Publikum zum Besten gegeben. Die Sänger kamen allesamt aus den Gemeinden des Landkreises Krakau und mussten sich für die Teilnahme an der Veranstaltung zunächst einem strengen Auswahlverfahren unterziehen. Was am Ende dabei herauskam, beeindruckte nicht nur die deutschen Gäste.

Besuch der Schwarzen Madonna

Der Kurzbesuch in Polen hatte für Landrätin Johanna Rumschöttel samt kleiner Delegation noch einen weiteren Höhepunkt

zu bieten. Die polnischen Partner führten die Gäste in das religiöse Zentrum Polens, zur Schwarzen Madonna nach Tschenschow. Der unter anderem mit Altötting verschwisterter Wallfahrtsort zieht Jahr für Jahr zwischen drei und vier Millionen Gläubige und Touristen an. Die Begegnung mit dem Gnadenbild, das auch als nationales Symbol verehrt wird, war für die polnische wie die deutsche Seite ein ergreifendes Erlebnis.

Zehnjähriges Partnerschaftsjubiläum

Der Aufenthalt der Landrätin diente aber vor allem dazu, das Programm der partnerschaftlichen Begegnungen für die kommenden Monate zu besprechen.

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„An Äschermittwoch is alle vorbei. Die Schwüre von Treue, sie breschen entzwey. Von all Deinen Küssen darf isch nix mehr wissen – ein wundervoller Spaß, dieser Fasching heuer.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte wohl eher einen Clown gefrühstückt, statt einen Salzhering zu sich zu nehmen, bevor er am Äschermittwoch ins Büro kam und unbegabt den Kölschen Dialekt nachäffte.

Auf die Frage, warum er denn in dieser Saison so ausnehmend viel Spaß hatte, erwiderte er nur so kurz wie verblüffend: Brüderle. Mein verdutztes Gesicht korrekt als völlige Ratlosigkeit deutend, dozierte mein Chef geduldig: Meine liebe Sabrina, so ein „Dirndlfüllgate“ mitten im Fasching zu lancieren, kann nur einem spaßfreien norddeutschen Magazin passieren. Für jeden feinsinnigen Humoristen ist es ein ge-

ger der Saison oder Missstände aufzuspießen und damit zu spielen. Und die Leute bei uns lassen sich durch die Profis von Veitshöchheim bis Düsseldorf natürlich nicht die Einfälle-Butter vom kreativen Brot nehmen.

Ich denke, der Fasching kam zur richtigen Zeit, um das Thema „Männer und Frauen“, das so heiß und ernsthaft diskutiert wurde, etwas vom ho-

hen moralischen Ross zu holen. Natürlich: Plumpe Annache nervt. Sie nervt sogar tierisch, wenn sie in einem Zusammenhang passiert, in dem das Geschlecht der Gesprächspartner eigentlich keine Rolle spielen sollte. Aber wollen wir wirklich Menschen als Personen der Öffentlichkeit – ich spreche nicht nur von Politikern, sondern auch von Wirtschaftsleuten, ja sogar von Journalisten – die sich in jeder erdenklichen Situation völlig emotionsfrei im Griff haben und durchgehend roboterhaft „political correctness“ zeigen? Oder sollte es nicht auch weiterhin Räume geben (selbst wenn es eine Hotelbar ist), wo die Schere im Kopf nicht permanent klappern muss und ein ungehöriges Wort die Bemerkung „Jetzt sind Sie zu weit gegangen“ nach sich zieht und keine Debatte über politische Ethik.

Eigentlich gibt es doch überall Leute, deren Mund etwas größer geraten ist als ihr Taktgefühl oder die meinen, sie müssten dem alten Adam verbal ab und zu Ausgang geben. Wir im Büro haben hierarchieübergreifend eine Chauvi-Kasse ins Leben gerufen, in die Maulhelden, Verbalerotiker oder schlichte Macho-Schwätzer ein kleines Scherflein einlegen müssen. Im Jahr kommt da durchaus was zusammen, das wir dann auf den Kopf hauen – an Weiberfaschnacht natürlich.

Mein Chef, der Bürgermeister, muss ehrlich gesagt auch ab und zu seinen Geldbeutel zücken. Vergehen: Machosprüche, von denen er weiß, dass sie uns ärgern. Aber wir kennen keine Gnade. Als Bonus dafür, rechtzeitig nach Abschluss der närrischen Tage, ein Flirt-Tipp des russischen Dichters Anton Tschechow: „Am liebsten erinnern sich Frauen an die Männer, mit denen sie lachen können.“

the Sabrina

Vom subtilen Hauch der Frivolität

fundenes Fressen, daraus etwas Kreatives zu machen. Schließlich umweht den Fasching, die Bälle und das närrische Treiben auf den Straßen der subtile Hauch der Frivolität und Ausgelassenheit - übrigens schon seit den Tagen der Münchner Boheme vor hundert oder hundertzwanzig Jahren.

Es ist doch geradezu ein Stereotyp, dass man als graue Maus beiderlei Geschlechts im Fasching den verbotenen Früchten jedenfalls bis auf Sichtweite nahekommt. Der Alkohol tut ein Übriges und schon wird geflirt auf Teufel komm heraus. Dass man mit dieser „Erwartung“ herrlich spielen und sie mit aktuellen Diskussionen kombinieren kann, liegt doch auf der Hand.

Mein Chef erzählte von einer jungen Frau, die sich ein Pappschild mit der Aufschrift „Achtung, Stern-Reporterin. Nicht berühren!“ umgehängt hatte. Der Standard-Abschiedsgruß beim Straßen-Fasching war „Wir sehen uns an der Hotelbar“ und an Weiberfasching entging mir eine Krawatte, die ich abschneiden wollte, weil der Träger sagte: Mach hier nicht das Schwesterle.

Geschmacklos? Naja, Fasching eben. Da ist es gute Tradition, Aktuelle Ereignisse, die Aufre-

Neue Formen, alte Schönheit:

Bürger können Renaturierung des Mains live mitverfolgen

Studenten für kreative Entwürfe von Beobachtungsturm prämiert
Freistaat investiert 2 Millionen Euro

Bayern bewahrt die natürlichen Werte seiner Flüsse und stellt diese wieder her. „Der Main ist ein Stück Heimat, dessen Natürlichkeit wieder zurückgewonnen werden soll. Erholungs-suchende profitieren von Wanderwegen und können die Natur unmittelbar erleben. Die Region wird damit um eine Attraktion reicher“, betonte die bayerische Umweltstaatssekretärin Melanie Huml bei einer Preisverleihung im oberfränkischen Zapfendorf.

Prämiert wurden insgesamt sechs Entwürfe für einen Aussichtsturm, mit dem die Renaturierung des Mains bei Zapfendorf für die Bürgerinnen und Bürger umfassend sichtbar wird. Entwickelt wurden diese von Studentinnen und Studenten der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Deggendorf.

„Anwohner und Interessierte können auf diesem Weg mitverfolgen, wie ihr Main zu alter Schönheit findet“, so Huml. Der Aussichtsturm soll bereits vor Beginn der eigentlichen Renaturierungsmaßnahmen errichtet werden. Huml: „Die bayerischen Flüsse sind die Lebensadern unserer Heimat. Ich bin begeistert, dass junge Leute ihre Umwelt zu schätzen wissen und sich für den Erhalt ihrer Heimat einsetzen.“

Neue Mainschleife

Im Rahmen der Renaturierung wird in Kooperation mit dem Kiesunternehmer Firma Gebr. Porzner GmbH aus Zapfendorf eine neue, ein Kilometer lange

Mainschleife gebaut werden. Sie folgt dem ursprünglichen Lauf des Flusses. Zudem werden im begründeten und befestigten Abschnitt

des Mains Alt- und Flachwasserzonen geschaffen. Auf einer Fläche von zehn Hektar, das entspricht etwa 14 Fußballfeldern, werden Biotop neu angelegt. Der Main ist Heimat zahlreicher gefährdeter Tier- und Pflanzenarten wie dem Flussregenpfeifer oder der Schwabenblume. Der Freistaat investiert insgesamt rund zwei Millionen Euro in die Renaturierung des Mains bei Zapfendorf.



Landrat Florian Töpfer ins Amt eingeführt

Landkreis Schweinfurt. Im Rahmen einer feierlichen Kreisgastung ist Landrat Florian Töpfer in sein Amt eingeführt worden. Im Beisein von rund 180 geladenen Gästen sowie etlichen Besuchern legte der 34-Jährige seinen Eid ab. In seiner Antrittsrede versprach Landrat Töpfer „ein Anwalt der Interessen aller Bürger des Landkreises“ zu sein.

Energiespeicher Riedl:

Keine gesundheitlichen Auswirkungen im Projektgebiet

Ausführliches Gutachten zum Fachbereich „Mensch und Humanmedizin“

Die Donaukraftwerk Jochenstein AG hat im Rahmen der Planungen für das Zukunftsprojekt Energiespeicher Riedl ein ausführliches Gutachten zum Fachbereich „Mensch und Humanmedizin“ anfertigen lassen. Als Gutachter konnte der international renommierte Experte für humanmedizinische Fragestellungen im Zusammenhang z. B. mit Infrastrukturprojekten, Universitätsprofessor Dr. med. Christian Vutuc, gewonnen werden.

Der frühere Leiter der Abteilung für Epidemiologie am Zentrum für Public Health der Uni Wien prüfte aus medizinischer Sicht, ob durch den Bau und den Betrieb des Energiespeicher Riedl vorhabenbedingte Immissionen wie Luftschadstoffe, Schall, elektromagnetische Felder und Erschütterungen zu Belastungen führen könnten, die die Gesundheit oder das Wohlbefinden der Menschen im Projektgebiet beeinträchtigen würden. Die Ergebnisse seines Gutachtens präsentierte Professor Vutuc im Kraftwerk Jochenstein.

Alle Grenzwerte im zulässigen Bereich

Für die medizinische Beurteilung des Vorhabens hat Professor Vutuc alle relevanten Fachgutachten und die dort definierten Untersuchungsräume herangezogen: Es wurden dafür die Technische Beschreibung der Antragsunterlagen sowie die Teilgutachten „Schall“, „Luft“, „Elektromagnetische Felder“, „Erschütterungen“, „Geologie und Hydrogeologie“ sowie „Stechmücken“ aus der Umweltverträglichkeitsstudie ausgewertet. Auf Basis epidemiologischer, arbeitsmedizinischer und klinischer Untersuchungen wurden die vom Vorhaben ausgehenden Immissionen (jeweils für die Bau- und die

Betriebsphase) klassifiziert und beurteilt. „Bei allen untersuchten Fachgutachten werden die erlaubten Grenzwerte unterschritten. Der Energiespeicher Riedl ist daher aus humanmedizinischer Sicht umweltverträglich“, machte Professor Vutuc deutlich.

Keine Belastungen durch Staubeentwicklung

In sämtlichen Fachbereichen gibt es vom Gesetzgeber festgelegte Grenzwerte und Richtlinien, die als Basis für die Beurteilung dienen. Um beispielsweise die Luftqualität und eine mögliche Veränderung dieser aufgrund eines Bauvorhabens einschätzen zu können, ziehen die Gutachter unterschiedliche Regularien zu Rate: neben den in Deutschland aktuell gültigen Grenzwerten des Bundes-Immissionsschutzgesetzes/-verordnung (BImSchG/BImSchV) und der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA-Luft) auch die in Österreich gültigen Grenzwerte des Immissionsschutzgesetzes Luft (IG-Luft 2002), das Ozongesetz, die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Richtlinien der Europäischen Union (EU).

Innerhalb der Luftschadstoffe wurden insbesondere Feinstaub,

Stickstoffoxide und Ozon untersucht. Der Gutachter fasste zusammen, dass bei den Gesamtimmissionen alle Grenzwerte (auf deutscher wie auf österreichischer Seite) einhaltbar sind und das Vorhaben damit aus humanmedizinischer Sicht keine Gesundheitsbeeinträchtigungen hervorruft.

Lärm und Geruch als unbedenklich eingestuft

Ebenfalls untersucht wurde eine mögliche Beeinträchtigung von Gesundheit und Wohlbefinden der Anwohner durch Lärm und Geruch sowohl während der Bau- als auch während der Betriebsphase. Stützend auf die Immissionsberechnungen im Fachgutachten „Luft“ – hier wurden Berechnungen wahrnehmbarer Gerüche durch Asphaltarbeiten und bei der Speicherseebewirtschaftung an insgesamt 19 Aufpunkten (16 in Deutschland und drei in Österreich) angestellt, die den nächstgelegenen Anwohnern im Projektgebiet des Energiespeicher Riedl entsprechen. Auch hier werden die entsprechenden Richtwerte eingehalten, die Geruchsimmissionen sind aus medizinischer Sicht unbedenklich.

Ebenso verhält es sich bei dem zu erwartenden Baulärm. Die errechneten Werte unterschreiten klar die von der WHO empfohlenen Richtwerte. Daher hat laut Gutachten auch die Bauphase beim Energiespeicher Riedl keine durch Lärm verursachten medizinischen Auswirkungen, sofern folgende empfohlene Maßnahmen umgesetzt werden: Wenn besonders lärmintensive Bauarbeiten erforderlich sind, sollten die unmittelbar betroffenen Anwohner frühzeitig davon informiert werden. Außerdem sollten solche lärmintensiven Bauphasen am Stück und ohne Zeitverzug durchgeführt werden.

Auch werden lärmintensive Bauarbeiten grundsätzlich nur von Montag bis Freitag zwischen 7 und 20 Uhr, samstags zwischen 7 und 12 Uhr erfolgen. An Sonn-

tagen müssten die Bautätigkeiten ruhen.

Aus medizinischer Sicht stellt Professor Vutuc in seinem Gutachten klar heraus, dass die Trinkwasserversorgung der Anwohner durch das Vorhaben weder qualitativ noch quantitativ beeinträchtigt wird. Um mögliche

kurzzeitige Auswirkungen auf das Grundwasser durch Bauarbeiten zu kompensieren, empfiehlt das Fachgutachten „Geologie und Hydrogeologie“ ständiges Monitoring der Wasserqualität durch Beobachtungsbrunnen, so dass die Trinkwasserversorgung der Ort-

schaft Jochenstein jederzeit sichergestellt werden kann.

Während der Betriebsphase des Energiespeicher Riedl sind laut Gutachten Auswirkungen auf das Grundwasser auszuschließen, so dass auch in diesem Bereich die Umweltverträglichkeit des Projekts sichergestellt ist. □

Tag der Franken für ganz Franken

Der Tag der Franken soll im Jahr 2013 in ganz Franken stattfinden. In der jüngsten Sitzung des Bezirksausschusses hat Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold das neue, überregionale Konzept des ausrichtenden Bezirks Oberfranken vorgestellt.

Motto für alle Veranstaltungen 2013 ist - in Anlehnung an die beiden diesjährigen Jubiläen (250 Jahre Jean Paul, 200 Jahre Richard Wagner) - „Franken im Ohr“. So möchte Dippold eine thematische Konzentration der Veranstaltungen auf Sprache und Musik erreichen.

„Uns ist es wichtig, dass der Tag der Franken eine Strahlkraft hat, die weit über die Grenzen des veranstaltenden Orts - 2013 ist das Bayreuth - hinausreicht. Er soll zu einem wirklichen Fest für ganz Franken werden“, erläuterte Bezirksstadtspräsident Dr. Günther Denzler den Grund für das neue überregionale Konzept.

Festakt in Bayreuth

Der zentrale Festakt sowie der Staatsempfang für geladene Gäste sollen am Sonntag, 7. Juli im Neuen Schloss in Bayreuth abgehalten werden.

Bisher wurde der Tag der Franken zweimal in Oberfranken gefeiert: 2007 in Bamberg und 2010

in Kulmbach, wo er unter dem Motto „Franken genießen“ stand. Auch in den anderen fränkischen Bezirken fanden die Festveranstaltungen bislang zentral an einem Ort statt, im Ablauf ähnlich einem Volksfest mit Kulturprogramm, brauchtumpflegerischen Aktionen und gastronomischen Angeboten. Im Mittelpunkt stand ein Festakt mit anschließendem Staatsempfang für geladene Gäste. Die Erfahrung aus den Vorjahren hat gezeigt, dass der Einzugsbereich des Tags der Franken die nähere Umgebung des Veranstaltungsortes kaum überschritt.

Dezentrale Gestaltung

Der Bezirk Oberfranken, der im Jahr 2013 turnusmäßig mit der Ausrichtung des Tags der Franken betraut ist, wird vom bisherigen Konzept abweichen und die diesjährigen Festivitäten dezentral und gesamtfränkisch gestalten - ähnlich wie beim Internationalen Museumstag oder dem Tag des offenen Denkmals. Die Bürger in

allen drei fränkischen Regierungsbezirken sind eingeladen, den Tag der Franken heimatauf in einer „fränkischen Woche vom 2. bis 7. Juli zu feiern. Interessierte Kommunen können ihre Veranstaltungen unter tdf@bezirk-oberfranken.de anmelden.

Das Spektrum der bereits gemeldeten Veranstaltungen ist sehr breit: Die Stadtpark-Serenaden in Forchheim stehen unter unserem Motto „Franken im Ohr“, in Kupperberg (Lkr. Kulmbach) wird Wirtshaussingen mit fränkischen Liedern und in Thierstein (Lkr. Wunsiedel) freies Wirtshausmusizieren angeboten, in Döhlau (Lkr. Hof) werden „Frenschische Gschichtla“ zu hören sein. Die Stadt Würzburg will beim größten Trachtenumzug Nordbayerns eine besondere Variation von „Franken im Ohr“ präsentieren: im Festzelt wollen alle beteiligten Gruppen zum Abschluss des Kiliani-Festumzugs gemeinsam das Frankentlied anstimmen.

Musical und literarische Reise

Der Tag der Franken 2013 stellt des Weiteren den Rahmen für die Uraufführung des Musicals „Aeronautics“ in Cadolzburg (Lkr. Fürth) oder für eine „Literarische Reise durch Mainfranken“ in Wipfeld (Lkr. Schweinfurt).

Es sind weitere traditionelle sowie außergewöhnliche Veranstaltungen zu erwarten, die die ganze Breite und Vielfalt des fränkischen Kulturlebens widerspiegeln. Die Absicht des Landtagsbeschlusses von 2006 wird damit verwirklicht - nämlich dass Franken in seiner Gesamtheit und zugleich in seinen vielen Facetten sich am Tag der Franken präsentieren soll.

Alle Veranstaltungen der obermittel und unterfränkischen Kommunen werden auf der Homepage www.tagderfranken2013.de eingepflegt, auf der sie ab dem Frühjahr zu finden sind. □



Bezirksstadtspräsident Dr. Günther Denzler und Bezirksheimatpfleger Prof. Dr. Günter Dippold bei der Konzept-Präsentation. □

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 28. Februar 2013 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung
- Dienstfahrzeuge
- Kommunale Museen
- Handwerkliche Dienstleistungen
- Ausstattung kommunaler Gebäude

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.stadtmobel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

Partner in Sachen Druck

Gemeindezeitungen · Wahlgedruckten · und vieles mehr

ORTMAIER
DRUCK GmbH

Tel. 0 87 32 / 92 10-663 · Fax 0 87 32 / 92 10-669
service@ortmaier-druck.de · www.ortmaier-druck.de

flyerpara.de
Das Online-Druckportal - Ein Service der Ortmaier Druck GmbH

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 053 26 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89 06 68 900 · www.klima-kommune.de
peter.keller@greencity-energy.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

**Bitte vormerken:
13. Juni 2013**

**Power für Bayerns Kommunen:
6. Energieforum
der Bayerischen Gemeindezeitung**

im Bürgerhaus der Stadt Garching bei München, www.gemeindezeitung.de

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGSREINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

DELW
LÜFTUNGSREINIGUNGS-SERVICE

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de